

## **BP/Bayernpartei – Einzige „wirklich bayerische Partei“ oder Sammelbecken für Konservative, Monarchisten, Separatisten?**

Die Bayernpartei e. V. (Kurzbezeichnung: BP) ist eine Landespartei in Bayern und strebt die Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Freistaates an.

Die BP beteiligt sich regelmäßig an Wahlen in Bayern sowie an Bundestags- und Europawahlen. Sie ist Mitglied der Europäischen Freien Allianz (EFA). In der Politikwissenschaft wird die Bayernpartei als „regionalistisch-separatistische Partei mit wertkonservativem Programm“, „extrem-föderalistisch“ und als „liberale Partei mit konservativen Einschlägen“ beschrieben. Eines ihrer politischen Ziele – neben der Stärkung der Bürgerrechte und der Vereinfachung des Steuerrechtes – ist die Möglichkeit einer Volksabstimmung über den Austritt Bayerns aus dem deutschen Staatsverband.

Im 1. Deutschen Bundestag war die Bayernpartei mit 17 Abgeordneten vertreten. Von 1954 bis 1957 war sie im Rahmen der Viererkoalition und von 1962 bis 1966 durch eine Koalition mit der CSU an der Bayerischen Staatsregierung beteiligt. Mit ihrem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag nach der Landtagswahl 1966 verlor sie an Einfluss und ist heute nur noch auf kommunaler Ebene und in drei Bezirkstagen vertreten.<sup>1</sup>

11/1948 **Schulungstagung der BP** (Bezirksverband Garmisch-Partenkirchen) am 23.11.1948 in Partenkirchen, Gasthof Frauendorfer – eine politische und organisatorische Schulungstagung, zu der alle Mitglieder eingeladen werden – Landesvorsitzender Dr. Baumgartner und Kreisvorsitzender Dr. Fischbacher nehmen teil.<sup>2</sup>

04/1950 **„Madersbacher wieder Vorsitzender der Bayernpartei** - Jahreshauptversammlung mit reger Diskussion / Neuer Vorschlag zur Stadtwerdung - über die kommunalpolitische Tätigkeit der Fraktion im Gemeinderat wie auch im Kreistag.<sup>3</sup>

Nach beiden Richtungen hin sei das Schaffen der Partei stets vom Geiste der Einmütigkeit und deren Haltung nach den in den Fraktionssitzungen jeweils festgelegten Richtlinien bestimmt gewesen. Nur so könne positive Arbeit geleistet und seitens der in die beiden Selbstverwaltungskörper berufenen Vertreter das in sie gesetzte Vertrauen der Wählerschaft gerechtfertigt werden. Den Anhängern der Partei stehe es jederzeit offen, von ihren gewählten Männern Rechenschaft zu fordern.

In der recht regen Diskussion wurden verschiedene lokale Angelegenheiten zur Sprache gebracht. Mit Recht übte man Kritik über die lästige Staubplage in Garmisch. (Das gleiche gilt auch für Partenkirchen) Auf diesem Gebiete müsse noch viel geschehen, denn außer der Bahnhof-, verlängerten Zugspitz-, Olympia- und Burgstraße gebe es auch noch Einwohner

---

<sup>1</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Bayernpartei>

<sup>2</sup> HB 20.11.1948

<sup>3</sup> HB 28.04.1950

und Steuerzahler in den staubigen Nebenstraßen. — Die Versammlung erwarte: dass man im Garmischer Friedhof nach den verflissenen „stummen“ Jahren endlich wieder einmal das Läuten vernehmen möge. Es sei nach christlichem Empfinden auf die Dauer untragbar, unseren Verstorbenen ohne Glockengeläute das letzte Geleit erweisen zu müssen. Bürgermeister Maderspacher erwiderte, dass die schon längst bestellten Friedhofsglocken in Bälde eintreffen werden.

Gemeinderat Hillebrandt gab eine Erklärung von Garmisch-Partenkirchen. In dieser Frage müsse der Wille des überwiegenden Teiles der Bevölkerung (hauptsächlich Anhänger der Bayernpartei) respektiert werden. Hillebrandt schlug vor, dass eine Lösung dieser umstrittenen Angelegenheit zwischen Gemeinde und Kreis in der Weise erfolgen möchte, dass z. B. die Referate Bau-, Gewerbe-, Wohnungswesen und Kraftfahrzeugzulassungsstelle der Gemeinde übertragen und dieser auch der darauf treffende Staatszuschuss zugeführt werden soll. Voraussetzung hierfür sei die Genehmigung des Landtages. Mit einer solchen Regelung würde für die Gemeinde der notwendige finanzielle Ausgleich geschahen und der Landkreis in seiner alten Form erhalten bleiben.

Weitere Fragen aus der Versammlung über Eisstadion, Fürsorge, Wohnungsamt usw. wurden von Bürgermeister Maderspacher und den Gemeinderäten beantwortet.

Nach Beendigung der Diskussion nahm Bezirksvorsitzender und Ausschussmitglied beim Kreisverband Oberbayern Maurer, das Wort. Er dankte den Fraktionen für ihre geleistete Arbeit in Gemeinde- und Kreistag sowie der Ortsgemeinschaft für die erfreuliche Anteilnahme am Parteileben. Anschließend gab Maurer Aufschluss über die jüngsten Vorgänge in der Bayernpartei. Von „außenher“ werde versucht, unter Zuhilfenahme von ein paar maßgebenden Parteileuten einen Keil in die Parteilinien zu treiben und auf diese Weise die BP bei den Herbstwahlen zu schwächen.

Weiter bedauerte Maurer, dass in Bezug auf die gesetzgebende Tätigkeit des Bundestages wichtige und weite Kreise unseres Volkes brennende Probleme, wie beantragte Wiedereinführung der Todesstrafe von sämtlichen anderen Parteien abgelehnt und anderes wichtiges Gesetz über das Mitbestimmungsrecht nicht die gebührende Unterstützung finde, auch komme die Benachteiligung Bayerns in anderen Belangen, was die Parole der BP, „Selbständigkeit Bayerns“, verstärken muss.

Bürgermeister Maderspacher, welcher fast einstimmig wieder zum Ortsvorsitzenden der Bayernpartei gewählt wurde, schloss die Jahressammlung mit der Losung: „Bayerisch denken und bayrisch handeln!“

In der Bundesrepublik wird die Todesstrafe 1949 mit der Einführung des Grundgesetzes aus dem Strafrecht gestrichen. Doch der neue Staat ist noch kein Jahr alt, da muss sich das Parlament mit einem Antrag befassen, der das Köpfen und Hängen wieder einführen will. "Wie kann eine Gesellschaft solchen Untieren gegenüber von der Todesstrafe absehen?", begründet der Abgeordnete Hermann Etzel von der rechtskonservativen Bayernpartei deren Gesetzesentwurf. "Hier ist der Verzicht auf sie die Äußerung einer falsch verstandenen Humanität." Es soll also wieder von Staats wegen getötet werden, wie im Kaiserreich, wie in der Weimarer Republik - und wie bei den Nazis: NS-Richter fällten in den Kriegsjahren insgesamt 15.896 Todesurteile. Davon wurden etwa 75 Prozent vollstreckt. Der Parlamentarische Rat will 1949 mit dieser unmenschlichen Praxis ein für alle Mal Schluss machen, indem er den Artikel 102 ins Grundgesetz schreibt: "Die Todesstrafe ist abgeschafft."

Als der Bundestag am 27. März 1950 über den Antrag der Bayernpartei debattiert, findet sich dafür noch nicht einmal die einfache, geschweige denn die verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit. Doch schon zwei Jahre später unternimmt die extrem rechte Deutsche Partei einen neuen Vorstoß zur Einführung der Todesstrafe. FDP-Justizminister Thomas Dehler entgegnet: "Hat man sich grundsätzlich für die Todesstrafe entschlossen, dann ist die entscheidende Schwelle überschritten." Danach ist das Thema Todesstrafe im Parlament der Bundesrepublik erledigt - auch wenn Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) oder CSU-Justizminister Jaeger in Wahlkampfzeiten darauf zurückkommen. Die DDR schafft die Todesstrafe erst 1987 ab. Die letzte Hinrichtung findet dort 1981 statt.<sup>4</sup> (Stand: 27.03.2005)

11/1950 **„Die letzten Zuständigkeiten Bayerns sind bedroht“**<sup>5</sup> - Staatsrat Dr. Seelos zum Thema „Bayern, Bonn und die Landtagswahlen“ - In der letzten Wahlkundgebung im Kurtheater trat die Bayern-Partei vor die Wähler, Staatsrat Dr. Seelos mit dem Thema „Bayern, Bonn und die Landtagswahlen“. Anschließend stellte sich Bürgermeister Raimund Lang von Oberammergau, stürmisch empfangen, als Landtagskandidat der Bayern-Partei für den Stimmverband Garmisch-Partenkirchen/Bad Tölz vor. Bürgermeister Luis Maderspacher, der die Kundgebung leitete, begrüßte auch die Gegner, „soweit hier vertreten sind“, und lud abschließend zur Diskussion ein. Es meldete sich jedoch niemand zu Wort.

Es bedeutet schon etwas, wenn die Geruhsamen sich zu einer Kampfpartei zusammenschließen um die Reste der bayerischen Staatshoheit, die ideellen Interessen ihres Landes und ihre christlichen Grundlagen zu verteidigen, betonte Dr. Seelos einleitend und ging sofort zu der bekannten „Spiegel-Affäre“ über. Die Bayern-Partei habe diesbezüglich nichts zu verbergen und selbst den Antrag auf öffentliche Untersuchung gestellt. Die Gruppe Aumer und

---

<sup>4</sup> <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag876.html>

<sup>5</sup> HB 11.11.1950

Donhauser habe die Industriegelder offensichtlich im Auftrag der CSU erhalten, um die Bayern-Partei zu zerstören. MdB Strauß habe bezeichnenderweise eine Aussage in dieser Frage verweigert, Bankier Pferdenges habe zugegeben, dass von dem zur Verfügung gestellten Industriefonds über 80 Prozent an die CDU gegangen seien. Die FDP aber schwimme in Industriegeld. Das Untersuchungsergebnis in Bonn habe bewiesen, dass sich die Gegner der Bayern-Partei mit der Spekulation, „der BP und ganz Bayern am Zeug flicken zu können“, restlos getäuscht hätten.

Damit ging er auf die Fragen der deutschen Aufrüstung, die Sicherheit sowie das Verhältnis zu den Alliierten ein. Man könne nicht mit uns im Kriegszustand bleiben und uns gleichzeitig als Alliierte wünschen, „das sind Pervertierungen der Begriffe, wie wir sie nur zur Nazizeit gewohnt sind“. Dr. Seelos kritisierte in dem Zusammenhang, „dass für die Deutschen der Zugang zum Königssee selbst heute noch nur auf Schleichwegen“ möglich sei und die Besatzungsmacht noch immer voll über das Schneefernerhaus auf der Zugspitze verfüge. „Wir verbitten uns diese Dinge sechs Jahre nach dem Krieg. Man muss endlich aufhören, uns auf diese Weise zu schikanieren.“ (Beifall) Einschränkend bemerkte der Redner an dieser Stelle, dass es heute billig und ungefährlich sei, gegen die Besatzungsmacht zu schimpfen. Aber man müsse ihr klarmachen, dass sie ihre Ziele bei uns nur erreichen könne, wenn sie uns als gleichberechtigte Menschen und als gleichberechtigten Staat behandle. Zur Frage der Finanzierung der vom Westen gewünschten Aufrüstung erklärte Dr. Seelos, 60 Prozent des gesamten Haushalts seien im kommenden Etat allein für die Kriegsfolgelasten bestimmt. Kein Staat der Welt zahle einen solchen Prozentsatz für sein Heer und seine Aufrüstung, selbst nicht das reiche Amerika.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen erläuterte Dr. Seelos die Politik der Bayern-Partei in Bonn und bezeichnete die Bayernpartei als die „einzige wahrhaft föderalistische Partei“ im Bundestag. Alles, was zentral geregelt werden müsse, wolle auch die Bayern-Partei an den Bund abgeben. Man dürfe jedoch nicht zentral regeln wollen, was dezentralisiert in den Ländern besser und billiger erledigt werde. Im Übrigen gehe der Sturm auf die letzten Zuständigkeiten der Länder in Bonn schon an. „Wenn die Polizei Bundessache wird, dann ist es aus mit unserem lieben Bayernland.“

Der Redner ging sodann auf die Frage Berlin, die Heimatvertriebenen, den Lastenausgleich und die Leistung der Bayern-Partei in Bonn ein. Dr. Seelos rechnet damit, dass die neuen Parteivertretungen der Heimatvertriebenen etwa 12—13 Prozent der Stimmen erhalten werden. Nach seiner Meinung vertreten alle Parteien die Interessen der Flüchtlinge sogar stärker als die der Einheimischen. „Dass man trotzdem immer nur fordert und kaum mehr Dankeschön sagt, das geht uns jedoch zu weit. Die Heimatvertriebenen müssten sozial und wirtschaftlich gleichberechtigt sein. Die staatsrechtlichen Dinge der Bundesgliedstaaten gingen

sie jedoch nichts an. Die Folgen der Entnazifizierung seien schlimmer geworden, als man sich je vorgestellt habe. Vielfach habe man die bayerischen Beamten „mit landfremden Schwindlern ausgetauscht“, die einen weißen Fragebogen aufzuweisen hatten. Die Heimatvertriebenen täten gut daran, im eigenen Interesse mit den Einheimischen in Frieden und Freundschaft auszukommen, weil wir größere Sorgen haben: die Gefahr aus dem Osten.“ Er zählte anschließend die besonderen Leistungserfolge der Bayern-Partei in Bonn, darunter besonders die Erklärung des Bayerischen Waldes zu einem Notstandsgebiet, auf. Die Bayern-Partei muss für sich in Anspruch nehmen, sachlich zu den Fragen zu arbeiten. Sie passe freilich auch als Partei manchem anderen Konkurrenten, insbesondere dem „Oberfreimaurer Dehler“, nicht. Der 26. werde über die Frage entscheiden, ob Bayern zu Provinz absinkt oder in Bonn über den Bund seinen Einfluss behalten könne.

Im zweiten Teil der Kundgebung stellte sich Bürgermeister Raimund Lang mit längeren, oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen als Landtagskandidat vor. Was der Bayern-Partei von Anfang an so viel Sympathie eingetragen habe, sei die Tatsache, dass sie von den Vorkriegssünden unbelastet die Kraft ihrer föderalistischen Idee einsetze; sie wolle Bayern in einem deutschen Staatenbund und wolle dann auch den deutschen Osten wie jeder anständige deutsche Patriot. Auch die Europa-Idee könne nur auf diesem Wege eines Staatenbundes verwirklicht werden. Lang nahm scharf gegen die Behauptung Stellung, der Föderalismus sei fremdenverkehrsfeindlich und widerlegte diese Ansicht auch aus Forderungen unseres bayerischen Oberlandes. Neben der Stützung des Fremdenverkehrs habe sich die Bayern-Partei die Schaffung eines starken Mittelstandes zum Ziel gesetzt. Das Defizit im Wohnungssektor könne nicht durch Ruinierung des Besitzes, sondern nur durch Neubau überwunden werden. Auf das Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen eingehend, forderte Lang die Verwirklichung der christlichen Lehre, die man bei der CSU bisher vermisse, und schloss mit dem Ausruf: „Macht den Träger der weißblauen Fahne stark!“

11/1950 „**Gegen den preußisch-amerikanischen Einheitsstaat**“ - Oberammergau.<sup>6</sup> Der vergangene Sonntag stand ganz im Zeichen der in einigen Tagen stattfindenden Landtagswahl. Den ganzen Tag über fanden Versammlungen verschiedener politischer Parteien statt. Vormittags sprach Dr. Baumgartner (BP), nachmittags Bundesjustizminister Dr. Dehler (FDP) und abends M.d.B. Strauß. Dr. Lacherbauer und Bürgermeister Neuner (CSU) sowie Bürgermeister Schütte (SPD). Nachstehend das Wichtigste aus den mit Spannung erwarteten Ausführungen des BP-Vorsitzenden der BP. Staatsminister a. D. Dr. Baumgartner:

„Wir sind uns der politischen Verantwortung bewusst, biet im weltberühmten Passionsdorf zu sprechen, und wir werden an dieser Stelle keine politischen Zänkereien beginnen“, sagte Dr.

---

<sup>6</sup> HB 21.11.1950

Baumgartner in der gut besuchten Bayernparteierversammlung im „Weißen Rössl“ und führte weiter aus, dass die demnächst stattfindenden Landtagswahlen im Schatten der Frage stünden, ob es einen Krieg gäbe oder nicht. Angesichts der brennenden Weltprobleme hätten die Wahlen eigentlich nur zweitrangigen Charakter. „Trotzdem brauchen wir eine starke bayerische Regierung und einen starken bayerischen Landtag. Kein Land außerhalb Bayerns hat das Recht, über Bayern zu verfügen Wer anders denkt, ist kein Christ und kein Föderalist!“

Dr. Baumgartner begründete diese Ansicht mit einem kurzen Überblick über die deutsche und bayerische Geschichte und forderte ein freies Bayern mit den Rechten, die es etwa zur Zeit Bismarcks gehabt habe. „Was wir jedoch heute haben, ist ein preußisch-amerikanischer Einheitsstaat, dessen Zentralgewalt ausschließlich in Bonn liegt.“ In steuerlicher Hinsicht sei es schon so weit gekommen, dass nur noch die Hundesteuer Sache der Länder bleibt. Bayern sei bei Strom- und Kohlenlieferungen ERP- Krediten und der Flüchtlingsverteilung auf die einzelnen Länder außerordentlich benachteiligt und somit in den letzten fünf Jahren wirtschaftlich um Millionenbeträge betrogen worden.

Nach einigen scharfen Angriffen gegen Bundesjustizminister Dr. Dehler, den der Redner als „Hochverräter an der bayerischen Sache“ bezeichnete, weil er seine Heimat beschmutze, trotzdem er als bayerischer Beamter von den Steuergeldern dieses Landes bezahlt würde, formulierte Dr. Baumgartner seine Forderungen an im Natur- und Staatsrecht, in Geschichte und Wirtschaft begründeten Rechten Bayerns und forderte eine Reform der Bonner Verfassung, die in ihrer jetzigen Form zu der Entwicklung „ein Volk, ein Reich, ein Führer, ein Trümmerhaufen“ führen müsse.

Hinsichtlich der Flüchtlingsfrage und des Lastenausgleichs forderte Dr. Baumgartner internationale Kredite zur Flüchtlingsarbeitsbeschaffung und einen volkswirtschaftlich vernünftigen Lastenausgleich. Das diesbezügliche Programm Lukascheks sei eine Vorwegnahme des Bolschewismus und führe zum Staatsbankrott. Den Europarat in Straßburg bezeichnete Dr. Baumgartner als eine Versammlung von Parteien, in denen Gottlose, Kollektivisten und Atheisten zusammensitzen, es sei jedoch nicht möglich, das christliche Abendland, an dessen Entwicklung Bayern maßgebend Anteil habe, mit Gottlosen zu retten. Vielmehr sei Föderalismus notwendig, um das christliche Abendland zu erhalten. Abschließend bezeichnete der Redner die Feststellungen, die BP schädige den Fremdenverkehr, als dummes Geschwätz.

In der Diskussion nahm Dr. Baumgartner zum Problem einer deutschen Wehrmacht Stellung und rief aus: „Die BP lehnt eine deutsche Armee und einen deutschen Generalstab ab, weil wir 80 Jahre lang genug davon gehabt haben und weil wir für die verfehlte Russland-Politik der Amerikaner kein Kanonenfutter sein wollen. Eine Remilitarisierung käme erst nach einem Friedensvertrag und völliger Gleichberechtigung Deutschlands in Frage.“

12/1951 Die hiesige **Ortsgemeinschaft der Bayernpartei**<sup>7</sup> hielt im Gasthaus „Zur Blauen Traube“ ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab. Vorstand Karl Krätz begrüßte die Bemühungen des Landtagsabgeordneten Bürgermeister Lang um die Spielbank für Garmisch-Partenkirchen.

Gemeinderat Baudrexl sowie Gemeinderat Korbinian Witting beantworten Fragen aus der Versammlung über Holzrechte, Fürsorge, Wohnungsamt usw. — Zum Schluss befasste sich die Versammlung hauptsächlich mit den internen Parteiangelegenheiten und den kommenden politischen Ereignissen, welche durch die Wahlen zum Kreistag und Gemeinderat gekennzeichnet seien.

Als Delegierte für den Bezirksausschuss wurden Dr. Schwegerle und Georg Westermeyer nominiert.

03/1952 Die **Kandidatenliste der Bayernpartei**<sup>8</sup> zeigt das Bild einer reinen **Mittelstandspartei**, erklärte uns Sparkassendirektor Hilleprandt. „Wir rechnen mit acht Mandaten“, fuhr er fort und berichtete, dass die Zusammenarbeit mit der CSU im Gemeinderat als ausgesprochen herzlich zu bezeichnen sei, was dem Bürgermeisterkandidaten der Bayernpartei, Luis Maderspacher, die „Regierung im Rathaus“ auch in Zukunft wesentlich erleichtern würde. Als eine besondere Freude erlebte es meine Fraktion, dass gerade in Fremdenverkehrskreisen und insbesondere vom Hotelierverband (gemeint ist der Verein für das Gastgewerbe) die Leistungen Bürgermeister Maderspachers besonders gewürdigt und anerkannt wurden, unterstrich Otto Hilleprandt.

Auch in der Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins wurde lobend erwähnt, dass sich Maderspacher für Recht und Gerechtigkeit eingesetzt hat, dass es ihm und seiner Fraktion zu verdanken war, dass Steuererhöhungen bisher vermieden werden konnten. „Der soziale Wohnungsbau wie auch die private Bautätigkeit sind ein besonderes Steckenpferd unseres Bürgermeisterkandidaten“, betonte Hilleprandt weiter und berichtete, dass die Planungen für das Frühjahr weitgehend fortgeschritten wären, so dass mit einer größeren Anzahl von Neubauten gerechnet werden könne. Die Interessen der Landwirtschaft vertritt Maderspacher in gerechter Weise.

Unser Kandidat tritt auch für die Holz- und Weiderechte ein, da sie für die Existenz unserer Landwirte lebensnotwendig sind.

---

<sup>7</sup> GPT 13.12.1951

<sup>8</sup> GPT 26.03.1952

Hillebrandt wies dann besonders auf die Kandidatenliste der Bayernpartei für die Gemeinderatswahl hin, die nach den verschiedenen Interessengruppen besetzt worden sei und die beweise, dass die Bayernpartei den Anforderungen sämtlicher interessierter Bevölkerungskreise gerecht zu werden bemüht sei. Gleichzeitig wäre mit der Aufstellung dieser Kandidatenliste eine gute Zusammenarbeit im künftigen Gemeinderat gewährleistet, insbesondere deswegen, weil diese Kandidaten großes Ansehen innerhalb beider Orte genießen würden. Die enge Zusammenarbeit mit der Geistlichkeit beider Konfessionen bürge für eine gerechte Wahrnehmung der verschiedensten Interessen.

03/1952 **Kreisvorsitzender der Bayernpartei Karl Krätz**<sup>9</sup> berichtete von den Erfolgen seiner Fraktion im Gemeinderat.

Bürgermeisterkandidat Maderspacher begründete seine Kandidatur mit der Notwendigkeit, dass auch ein einheimischer Bürgermeister zur Wahl steht, schilderte seinen Lebenslauf und seine Arbeit als zweiter Bürgermeister. Er berichtete von den undankbaren Aufgaben, die er zu bearbeiten hatte, und von den Schwierigkeiten, die beispielsweise zu überwinden waren, um das Fremdenverkehrsgewerbe nach dem Kriege und seinen Folgen wieder anzukurbeln.

Es habe im Zuge seines Aufgabenkreises einer Reihe von unpopulären Maßnahmen bedurft — im Wohnungsreferat ebenso wie im Bauwesen — für die er im Dienst für die Heimat die Verantwortung übernommen hätte. „Wenn ich diesen oder jenen Antrag einmal abschlagen musste, so liegt das daran, dass der Bild von den herrschenden extremen politischen Richtungen, als die er die Spielformen des Marxismus, des Liberalismus und den Nationalsozialismus bezeichnete, und betonte, es sei an der Zeit, dass endlich wieder die Grundsätze der wahren christlichen Nächstenliebe und der Liebe zur Heimat in das praktische und politische Leben hineingetragen würden. Dies sei das Ziel der Bayernpartei, die überdies einen konsequenten Föderalismus anstrebe.

Er forderte weiter die scharfe Bekämpfung der „Bonner Zentralisationspläne“, einen gerechten Ausgleich der Belegung mit Flüchtlingen unter den Ländern und die Eingliederung der Heimatvertriebenen mit allen Rechten und Pflichten in das Leben der Gemeinden. Baumgartner ging auch auf die Einstellung seiner Partei zur Frage des Wehrbeitrages ein, dem gegenwärtig noch das Potsdamer Abkommen, ein Kontrollratsgesetz, das Grundgesetz, die Bayerische Verfassung und das Bayerische Gesetz 94 entgegenstünden. Bevor die rechtliche Situation nicht geklärt sei, könne man nicht „ja“ sagen.

---

<sup>9</sup> GPT 31.03.1952



06/1952 Der **Bezirksverband der BP**<sup>10</sup> hatte vor kurzem die Delegierten der Ortsverbände zu einer Bezirksversammlung eingeladen, die hauptsächlich der Neuwahl der Vorstandschaft galt. Auf einstimmigen Beschluss der Anwesenden wurde die Amtsdauer der bisherigen Vorstandschaft für das neue Geschäftsjahr verlängert; neu hinzugewählt wurden als stellvertretender Vorsitzender Luis Maderspacher und als Schriftführer Otto Hillebrandt.

Vorsitzender Carl Krätz begrüßte die Teilnehmer der Tagung, unter denen sich auch Oberammergau's Bürgermeister und MdL Raimund Lang, der stellvertretende Landrat Benedikt Stückl und 2. Bürgermeister Luis Maderspacher befanden, rechtfertigte den frühen Termin der diesjährigen Bezirksversammlung mit dem Hinweis darauf, dass die Versammlung im vergangenen Jahr am 23.11.1951 zeitlich recht ungünstig kurz vor Beginn der Wintersaison gelegt war und dadurch den Mitgliedern wenig Zeit für parteiliche Arbeiten blieb.

Trotz mancher Schwierigkeiten beim Aufstellen der Kandidatenlisten zur Gemeinderats-, Bürgermeister- und Kreistagswahl darf das Erreichte als schöner Erfolg gewertet werden. Als Beispiele wurden Ohlstadt, Farchant und insbesondere Oberammergau angeführt, wo sich Bürgermeister Lang wieder durchsetzte und die Anzahl der gewählten BP-Mitglieder für den Kreistag... Der Mitgliederbestand des Bezirksverbandes sei weiterhin im Ansteigen begriffen, doch müsse das Hauptaugenmerk jetzt darauf gerichtet sein, Ortsgemeinschaften dort zu schaffen, wo noch keine vorhanden seien.

Landtagsabgeordneter R. Lang kam anschließend in einem Referat auf die Arbeit der Bayernpartei im Landtag zu sprechen und gab einen kurzen Ausblick auf die bevorstehenden Aufgaben, wobei die Themen Spielbank und Fremdenverkehr eingehend gestreift wurden. In der Diskussion nahmen Lang und stellvertretender Landrat Stückl zur geplanten Öffnung der Planseestraße Stellung.

Die Vorstandschaft des Bezirksverbandes der BP setzt sich wie folgt zusammen, Carl Krätz, Vorsitzender; Luis Maderspacher, stellv. Vors.; Otto Hillebrandt, Schriftführer; Georg Westermayer, Kassier. — Beisitzer sind: Josef Fischer (Ga), Hans Sommer (Ga). Josef Schmid (Ogau), Josef Sonner (Ohlstadt), Josef Martin (Oberau), Alois Reindl (Krün), Hermann Müller (Ogau), Josef Geiger (Eschenlohe). Korbinian Fichtl (Farchant) und Ludwig Schmid (Ga). — Als Delegierte zum Kreisverband und zur Landesversammlung wurden Luis Maderspacher, Josef Maurer, Otto Hillebrandt

05/1953 **„Bayernpartei verstärkt Aktivität im Landkreis“**<sup>11</sup>

BP-Delegierte wählen Josef Maurer erneut zum Kreisvorsitzenden - In einer Delegierten-

---

<sup>10</sup> GPT 15.06.1952

<sup>11</sup> GPT 20.05.1953

Versammlung der Bayernpartei, die im Gasthaus „Zur Linde“ stattfand, und an der die Vertreter der einzelnen Ortsverbände im Landkreis, unter ihnen Landtagsabgeordneter Raimund Lang, teilnahmen, wurde Josef Maurer erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Im Rahmen der Versammlung nahmen Raimund Lang zur kommenden Bundestagswahl und Josef Maurer zur Frage der bayerischen Regierungskoalition Stellung. Für die nächste Zeit wurden größere Versammlungen im Landkreis in Aussicht gestellt, in denen intensiv für das Gedankengut der Bayernpartei eingetreten werden sollte.

„Die bürgerlichen Parteien müssen sich unbedingt enger zusammenschließen, um der drohenden Zentralisierung und Sozialisierung erfolgreich entgegenzutreten zu können“, erklärte Raimund Lang, und befasste sich mit der kommenden Bundestagswahl. Er unterstrich die Ansicht: „Es gibt keine christliche Partei oder eine christliche Politik. Es gibt nur eine christlich ausgerichtete Partei und Politik.“ Die christliche Weltanschauung dürfe nie zum Gegenstand der Tätigkeit politischer Parteien werden. Sie müsse jedoch vielmehr deren Grundlage bilden, sei die Einstellung der Bayernpartei. Nur wenn jeder, der sich bewusst Bayer nenne, auch bereit sei, sich für seine Heimat einzusetzen, könne das Ziel der Bayernpartei erreicht werden. — Josef Maurer stellte fest, es sei ein Missverhältnis, dass die CSU im Landtag stets auf die Unterstützung der Bayernpartei angewiesen sei, obwohl sie mit der SPD in Regierungskoalition stehe.

Dieser Zustand könne nicht ewig dauern. Maurer dankte der bisherigen Vorstandschaft und insbesondere Landtagsabgeordnetem Lang für ihre Mitarbeit und Unterstützung.

Der von Karl Krätz erstattete umfangreiche Jahresbericht beleuchtete eine erfolgreiche Tätigkeit der Bayernpartei in den einzelnen Orten des Landkreises.

— Die weiteren Wahlen ergaben: Stellvertreter des 1. Vorsitzenden Karl Krätz, Schriftführer Hans Sommer, Kassenwart Georg Westermayer, Beisitzer Josef Fischer, Hans Maurer (Garmisch), Matthias Simon (Partenkirchen), Hermann Müller, Josef Schmid, Benedikt Stückl (Oberammergau), Ludwig Daisenberger (Oberau), Josef Sonner (Ohlstadt), Josef Geiger (Eschenlohe), Korbinian Fichtl (Farchant) und Alois Reindl (Krün).

Als Vertreter zum Landesverband wurden Alois Maderspacher, Josef Maurer, Georg Westermayer und Martin Maurer benannt.

06/1953 **„Bayerische Selbständigkeit kein Separatismus“**<sup>12</sup> - Lang und Lallinger zur politischen Marschroute der Bayernpartei – „In einer öffentlichen Versammlung der Bayernpartei sprachen der Gründer der Bayernpartei, MdL L. M. Lallinger, und MdL Raimund Lang über

---

<sup>12</sup> GPT 22.06.1953

die politische Marschroute der Bayernpartei Im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen. Beide Redner begründeten die föderalistischen Ziele ihrer Partei, die zu einer echten Selbständigkeit des bayrischen Staates ohne Separatismus führen wolle. Betont wurde der Wille zu produktiver Zusammenarbeit mit der CSU, von der aber eine strikte Trennung Kirche — Politik gefordert werden müsse. Lallinger unterzog die Politik und gesetzgeberische Tätigkeit in der bayerischen Regierungskoalition zum Teil einer scharfen Kritik. In der Spielbankfrage wurde erneut eine positive Lösung gefordert.

Kreisvorsitzender Josef Maurer betonte in seiner Begründung, dass es Zeit sei, dass die BP nun auch in der Gemeindepolitik — „in der es vieles gibt, womit wir nicht einverstanden sind“ — wieder aktiver werde. Man werde in nächster Zeit im internen Parteikreis hierzu manches erörtern. Man habe mit Absicht eine erweiterte Mitgliederversammlung und keine „Wahl“-Versammlung einberufen, sonst könne man der BP wieder in die Schuhe schieben, sie wolle in einem Augenblick querschließen, da der Fremdenverkehr gerade anläuft. Die BP lebe jedoch in der Überzeugung, dass der Fremdenverkehr eine Lebensnotwendigkeit für das Land sei.

Abgeordneter Raimund Lang wies einleitend auf die Bedeutung der kommenden Wahl hin, für die es gerade den bayerischen Menschen reif zu machen gelte in einem Angriff auf die notorischen Nicht-Wähler. Das bürgerliche Lager müsse gegen die Gleichgültigkeit aktiviert werden. Lang wandte sich gegen eine „verfilzte und übermächtige“ Ministerialbürokratie als Auswuchs einer übertriebenen Demokratie. Gegen die „wachsende Tendenz der SPD zur kalten Sozialisierung“ müsse eine klare Abwehrfront geschaffen werden. „Wir haben die ewigen Streikandrohungen satt“. Soziale Besserung könne nur aus fundiertem sozialem Denken bei Unternehmer und Wirtschaft erwachsen. — „Die Regierung Adenauer soll nicht an uns scheitern“, erklärte Lang zum Verhältnis BP-CSU. Die BP lehne jedoch ab, christliche Weltanschauung zum Gegenstand der Politik zu machen. —

„Wir hätten die Errichtung von Spielbanken als eine soziale Tat betrachtet“, stellte Lang fest. Man hätte damit Arbeitslose unterbringen und Wohnungen bauen können. Das Spielunwesen könne in geordnete Bahnen gelenkt werden, anstatt sich im Dunkeln auszutoben. — Der Bayerische Föderalismus sei kein Separatismus, und die Bayern seien keine schlechteren Patrioten, wenn sie ihrem Staat die Lebensfähigkeit zurückgeben wollen - mit der Wahrnehmung von Rechten, die Bayern selbst ausüben und die aus dem Naturrecht erwachsen seien. Er betonte unter Beifall, dass der Mut der bayrischen Volkserhebung auch in Bayern die Herzen habe höherschlagen lassen. — „CSU und SPD gebärden sich im Landtag föderalistisch, aber in Bonn sind sie hörig“, erklärte Lang bezüglich der Versuche Bonner „Wasserkopfes“, Bayern „ein Hoheitsrecht dem anderen wegzunehmen“ und führte dazu an das be-

absichtige „Diktat“ des Bundesrundfunkgesetzes bei der Aufdeckung der „Steuerverschleuderung beim Residenztheater, u. a.“

08/1953 **„Macht in Bonn die Bayern stark!“ - „Klares Angebot“ der BP: „Adenauer soll an uns nicht scheitern!“**<sup>13</sup> - Auf der großen Wahlkundgebung des Kreisverbandes der Bayernpartei im Kurtheater erläuterte Landesvorsitzender Dr. Besold temperamentvoll und unter wiederholtem Beifall die Marschrichtung der Bayernpartei bei der kommenden Wahl unter dem Motto: „Die ganze Stoßkraft nach links!“ Dr. Besold wies nach, dass die Abgeordneten der Bayernpartei im vergangenen Bundestag relativ mehr parlamentarische Aktivität entfaltet hätten, als die anderen Fraktionen. Die BP habe als erste Partei die Entnazifizierungsmethoden und die hohen Besatzungskosten angegriffen. Der Wahlkreiskandidat der BP, Dr. Carl Lacherbauer, erklärte in einer rückblickenden Darlegung der Koalitionspolitik in Bayern, dass die CSU sich „um den allzu hohen Preis dreier Ministerien“ mit der vorher als kirchenfeindlich angeprangerten SPD zusammengeschlossen habe. Dennoch werde die BP auf Bundesebene ihr „klares Angebot, Adenauer bei einer Regierungsbildung zu unterstützen“, aufrecht-erhalten.

Von der weiß blau geschmückten Bühne herab erklang schwungvolle Musik der Trachtenkapelle, ehe der Wahlkreiskandidat das Wort ergriff. Die Beantwortung der Frage „Warum geht die BP nach Bonn?“ entwickelte Lacherbauer aus einem Rückblick über die innerbayerische Politik seit 1945. Die seinerzeitige CSU unter Josef Müller habe in Geheimabmachung mit der SPD den Entwurf für die Einsetzung eines Bayerischen Staatspräsidenten zu Fall gebracht. Andererseits sei Müllers Traum, „Vorsitzender einer gesamtdeutschen CDU zu werden“, rasch ausgeträumt gewesen. Die BP, in den Landtag mit 1,7 Millionen Stimmen als drittgrößte Partei eingezogen, sei mit ihrer sicheren Zielsetzung und Existenz heute ebenso „real“ wie CSU oder SPD. „Jeder Versuch, den Zusammenbruch der heimattreuen Kräfte in der BP durch Schlagworte aushöhlen zu wollen, wird scheitern.“ Lacherbauer wies den Vorwurf zurück, die BP wolle den Zusammenschluss einer christlichen Front verhindern. Die BP stimme in den Grundprinzipien mit der CSU überein, sie sei zu parlamentarischer Koalition bereit, nicht aber um den Preis der Selbstaufgabe.

„Niemals hat die, Bayernpartei Deutschland oder Europa vergessen“, begann der Landesvorsitzende Dr. Besold sein Referat, die BP mache weder „eine Politik der weiß-blauen Grenzpfähle“, noch wolle sie sich aus dem deutschen Kulturkreis lösen. Sie halte sich aber an den Heimatgedanken — „und von dieser Grundlage aus wird man jede Entscheidung richtig treffen“. Die marxistische Idee hingegen werde das Ende eines echten volksgebundenen Staates sein...

---

<sup>13</sup> GPT 31.08.1953

11/1954 „**Wir wollen bayrisch regiert werden!**“<sup>14</sup> - Dr. Baumgartner in Mittenwald - An der Versammlung nahmen auch die führenden Mitglieder der Bayern-Partei aus Garmisch-Partenkirchen teil, und später sah man Prof. Baumgartner in der „Post“ im Gespräch mit stellv. Bürgermeister Zimmer wie auch den als „Jungbayern“ vorgestellten jüngeren Mittenwaldern, mit denen der Landesvorsitzende eine eingehende Aussprache hatte. Die Bayernpartei baut zurzeit in Mittenwald eine Ortsgruppe auf, als deren vorläufiger Vertreter Jakob Pfliegl die Kundgebung eröffnet hatte.

Bezirksvorsitzender Maurer erläuterte u. a., dass man gerade in Mittenwald jahrelang die Bayernpartei als angeblich fremdenverkehrsfeindlich mit Schmutz beworfen habe, während doch gerade die BP — nicht zuletzt durch ihre hiesigen Abgeordneten — vier Jahre lang fast als einzige Partei die Interessen des Fremdenverkehrs im Landtag vertreten habe, während die Partei, die sich jetzt im Wahlkampf so sehr für den Fremdenverkehr einsetze, seinerzeit selbst die Abstimmung über die Spielbank für Garmisch-Partenkirchen zu Fall gebracht habe.

„Es ist meine persönliche Überzeugung, dass die Bayernpartei mit einer starken Fraktion in den neuen Landtag einzieht“, erklärte Prof. Baumgartner Von dem „wachsenden Misstrauen zur Demokratie“ ausgehend, das vor allem die Haltung der Jugend kennzeichne, wies Baumgartner auf die „außerparlamentarischen“ Kräfte hin, die heute am Werk seien. „Die Demokratie wird heute schon wieder von oben nach unten gebaut statt umgekehrt.“ Man könne — bei aller Anerkennung der Verteidigungsnotwendigkeit — doch nicht von Demokratie sprechen, wenn das Volk bezüglich der 12 Divisionen, Wehrpflicht usw. vor vollendete Tatsachen gestellt werde. „Zentralismus und Kollektivismus seien stets epochale Neuererscheinungen gewesen. Die Richtung, die der junge Wähler heute einschlagen müsse, sei eine in persönlicher Gottesanerkennung fundierte christliche Staatsauffassung unter Wahrung des echten Föderalismus nach der Subsidiaritätslehre.

Selbstverständlich bekenne sich auch die Bayernpartei zu „unserem großen und unglückseligen Vaterland“, aber es gehe nicht an, „dass wir eine preußische Provinz auf der ganzen Linie sein sollen!“ Scharf auch gegen die angebliche „Schwächung der christlichen Front“ durch die BP Stellung nehmend, warnte Baumgartner vor jeglicher Herrschaft einer Partei. Die BP werde bei künftigen Regierungsbesprechungen demjenigen die Hand reichen, der sich zu den Grundsätzen bekenne: Keine weitere Änderung des Grundgesetzes für weitere Aushöhlung der Landesrechte — eine einige Wirtschaftspolitik zur Rettung des Mittelstandes mit entsprechender Steuerreform — Aufhören der Benachteiligung der einheimischen Bevöl-

---

<sup>14</sup> GPT 00.11.1954

kerung — 10%ige Verwaltungseinsparung — sozialpolitisches Schlichtungsgesetz usw. — Insbesondere wandte sich Baumgartner gegen „den Vorwurf, die BP sei nicht christlich“.

Er, Baumgartner, habe selbst bei den Besprechungen im Länderrat in Stuttgart seinerzeit durch sein „Nein“ als Bayerischer Landwirtschaftsminister den katholischen Kirchenbesitz vor der Enteignung bewahrt, wie sie die Amerikaner geplant hätten. Zur „Benachteiligung der Einheimischen“ forderte Baumgartner den Entzug des Flüchtlingspasses und der entsprechenden Vergünstigungen für die wirtschaftlich erfolgreich eingegliederten Flüchtlinge: „Sie haben dann Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten zu sein! — Es geht doch nicht, dass uns in zehn Jahren nur noch die jetzigen Flüchtlingskinder verwalten und wir die Heimatvertriebenen sind und Baumgartner der Vorsitzende des BHE!“ Unter dem Hinweis auf die bayerischen Kulturleistungen auch der Vergangenheit schloss Baumgartner mit dem von einem bayerischen Kurfürsten mit Herzblut geschriebenen Gebet an die Jungfrau Maria um Schutz und Erhaltung des Bayernlandes.

11/1954 **„Bayernpartei fühlt sich als „dritte Kraft im Land“<sup>15</sup>- Raimund Lang begründet die Wichtigkeit der Untersuchungsausschüsse** - Im gut besuchten Kurtheater hielt, bei musikalischen Darbietungen durch die Trachtenkapelle des Volkstrachtenvereins Garmisch, die Bayernpartei am Sonntag eine Kundgebung, bei der sich in fast dreistündigen Ansprachen die BP-Kandidaten ihren Wählern vorstellten. Während Stimmkreis-Landtagskandidat Raimund Lang unter wiederholtem Beifall die Arbeit der Bayernpartei in den Untersuchungsausschüssen über die bayerischen „Skandale“ herausstellte, sprach sich Dr. Panholzer als Wahlkreiskandidat scharf und eindeutig gegen eine Politik der Stärke und der raschen Wiederaufrüstung aus. Bürgermeister Luis Maderspacher (Bezirkstagskandidat) verwahrte sich im Namen seiner Partei vor allem gegen den Vorwurf, dass die BP unchristlich sei und den bürgerlichen Block zu sprengen versuche.

Nachdem Bezirksvorsitzender Maurer eingangs auf den Einsatz der BP in der Spielbankfrage verwiesen hatte, in der die BP geschlossen hinter dem Antrag gestanden sei, bedauerte Bürgermeister Lang zu Beginn seiner Rede die „unmöglichsten Beschimpfungen“, in denen sich Bundesminister Strauß über die BP-ler als „Partisanen“, „Revolutionäre“ und als Träger einer unerträglichen Fremdenhetze ausgelassen habe. Die BP sei auch keineswegs ein Hindernis gegen einen „besseren Landtag“, wie es Prälat Meixner hinstelle. Grundsätzlich warnte Lang vor einer „Alleinherrschaft einer Partei“. Die Interessenverschiedenheiten nach den verlorenen Kriegen seien zu groß, um selbst ein Zwei-Parteien-System möglich werden zu lassen. Man scheue nur die „dritte Kraft“, die die BP in den letzten Jahren schon geworden sei.

---

<sup>15</sup> GPT 00.11.1954

Sich für die „Erhaltung des Mittelstandes und gegen weitere Benachteiligung der Einheimischen“ einsetzend, kritisierte Lang, dass — auch nach CSU-Stimmen — in den letzten vier Jahren auf verschiedenen Gebieten zu viele „Erfolgsberichte der Regierungsmitglieder“ gegeben worden seien, statt echte Arbeit zu leisten.

Das Haushalts-Defizit sei im Hinblick auf die kommenden Wahlen künstlich auf 51 Millionen herabgedrückt worden, mit Methoden, für die ein Privatmann schon bald mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen könne. — Ausführlich ging Lang auf die bekannten „Skandale“ ein, die man ja nicht bagatellisieren solle. Was denn in Bayern noch Großes an Skandalen geschehen müsse, damit die Großen auch wirklich einmal von den Großen verurteilt würden, fragte Lang und kritisierte u. a., dass Prälat Meixner auch erklärt habe, der Untersuchungsausschuss über die Filmkredite sei ohne Ergebnis gewesen. „Es könnte noch manches aufgezeigt werden, mit welcher bodenloser Gewissenlosigkeit man gearbeitet hat“, sagte Lang auch in schärfster Kritik zum Fall Martini, und „das Maximilianeum wäre genauso Untersuchung reif wie das Residenztheater“. Wenn die Existenzberechtigung der Untersuchungsausschüsse von Seite der Regierungspartei bestritten werde, so sei entgegenzuhalten, dass sie die „einzigen Revisoren“ seien, die der „weiteren Verschleuderung von Staatsgeldern den Riegel vorschieben können.

Zu örtlichen Fragen betonte Lang, die BP werde einstimmig hinter der Erledigung und Klärung der Forstrechte für die Rechtler stehen. — In der Spielbankfrage habe Innenminister Högner selbst das „Vaterunser bemüht“, um den Antrag zu Fall zu bringen. — Zum Fremdenverkehr erklärte Lang u. a., er habe seinerzeit bei der Forderung der Devisenbeschränkung an einen Fremdenverkehr auf Gegenseitigkeit gedacht, nachdem auch u. a. das Siegerland England noch Devisenbeschränkungen habe. Die jetzige vollkommene Liberalisierung bedinge eine Verstärkung der Fremdenverkehrs-Werbemittel durch den Staat auf 1,5 Millionen DM statt bisher 700 000 DM.

Unsere Kultur war christlich und wird es bleiben erklärte Lang abschließend, damit auch darauf hinweisend, dass nur „gewisse Politiker das Zugmittel nicht entbehren könnten, die Kirche in den politischen Streit hineinzuziehen, während sie selbst das gar nicht wolle.

Dr. Panholzer als Wahlkreiskandidat erklärte sich selbst zum ausdrücklichen „Feind der Aufrüstung“. Man habe das Volk nicht gefragt, weil man genau gewusst habe, dass es „nein“ sagen werde. „Bevor nicht der letzte Kriegsgefangene da ist, ist für neue Soldaten kein Platz“, erklärte Panholzer unter Beifall. Die jetzige Verteidigungsgemeinschaft noch ungünstiger und gefährlicher als die EVG. „Die Aufrüstung kann gar nicht bezahlt werden, nur eines Tages mit Blut.“

10/1954 „**Fremdenverkehr — das Stiefkind der bayerischen Wirtschaft**“<sup>16</sup> - MdL Lang über die Stellung des Landtags zur Fremdenverkehrswerbung - Wir brachten in unserer gestrigen Ausgabe im Rahmen der üblichen aktuellen Berichterstattung einer Tageszeitung einen Bericht über einen Vortrag, den der zweite Vorsitzende des Fremdenverkehrsverbandes München Oberbayern, Altbürgermeister Schütte, in München gestellt hatte. Nun sandte uns MdL Bürgermeister Raimund Lang, Oberammergau, eine Zuschrift, in der er auf einen Antrag hinweist, den er bereits am 13. September d. J. im Bayerischen Landtag gestellt und in dem er eine wesentliche Verstärkung der Zuschussmittel für die Auslandswerbung des bayerischen Fremdenverkehrs gefordert hatte. Wir geben der Zuschrift nicht deshalb Raum, um nun etwa eine Debatte über Fragen der „Fremdenverkehrswerbung“ und der Organisation der Fremdenverkehrsverbände auszulösen, sondern weil sie vielleicht die Situation von einem wesentlichen Standpunkt her zu beleuchten vermag.

MdL Raimund Lang hat am 13. September den Antrag beim Bayerischen Landtag eingelegt: „Die Staatsregierung wird ersucht, die Auswerbung für den bayerischen Fremdenverkehr zu verstärken und die Zuschussmittel im Haushaltsjahr 1955/56 auf 1,5 Millionen zu erhöhen.“ Bisher waren für Fremdenverkehrsförderung Haushaltsjahr 1954/55 700000 DM angesetzt. In Begründung des Antrags wies MdL Lang darauf, dass diese Maßnahme erforderlich sei, weil die bayrischen Fremdenverkehrsgebiete durch die Liberalisierung in ihrer Frequenz (nur 7 Prozent Anteil der Sonderübernachtungen an den Gesamtübernachtungen) am meisten betroffen seien und weil die Nachbarländer noch ungleich höhere Zuschüsse für Fremdenverkehr auswerfen als in diesem Antrag gefordert würden. Die bisherigen Werbemittel seien in jeder Beziehung unzureichend und die gesamte deutsche Auslandswerbung sei aus diesem Grund nahezu unbeachtet geblieben.

Nicht die Staatsregierung — also hier das Wirtschaftsministerium — so stellt MdL Lang dann fest — habe sich den Erfordernissen des Fremdenverkehrs angeschlossen, sondern der gesetzgebenden Körperschaft, dem Bayerischen Landtag, habe es bisher an der nötigen Einsicht gefehlt, sich für die Belange des Fremdenverkehrs einzusetzen.

Der Landtag werde auch — Abgeordneter Lang wiederholt das, was er schon auf der Fremdenverkehrstagung in Prien ausgeführt hat — nicht eher zu einer freundlichen Einstellung zum Fremdenverkehr sich bekennen, bevor nicht Ordnung bei den Fremdenverkehrsverbänden selbst entstehe und dass zielbewusste Arbeit geleistet werde. Die nötige Unterstützung der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr habe gleichfalls gefehlt. Der Zusammenschluss aller am Fremdenverkehr interessierten Organisationen mit den Fremdenverkehrsverbänden sei eine unerlässliche Forderung; nachdem Reg.-Präsident Dr. Mang an der Spitze des Fremdenverkehrsverbandes München-Oberbayern stehe, sei berechtigte Hoffnung gegeben,

---

<sup>16</sup> GPT 00.10.1954



dass grundlegende Änderungen in der Organisation erfolgen und damit eine Besserung der bisher verworrenen Verhältnisse eintrete. Die Behandlung des Antrages auf Erhöhung der Zuschussmittel, der zum Haushaltsjahr 1955/56 frühzeitig genug eingereicht worden ist, werde auch erweisen, ob der bayerische Fremdenverkehr, der einmal 25 Prozent des gesamten Steueraufkommens erbrachte, nach wie vor das „Stiefkind“ in der bayerischen Wirtschaft bleiben wurde.

11/1954 **MdL Lang gegen Vermassung**<sup>17</sup> - Ohlstadt. Bei einer Wahlkundgebung der BP sprach Landtagsabgeordneter Bürgermeister Raimund Lang, Oberammergau, im Gasthaus „Sonne“. Wie in den anderen Orten des Landkreises sprach Lang über die Ziele der BP und die bisherige Regierungspolitik, über Bedrohung des Mittelstandes, über Finanzpolitik und Wohnungsbau. Besondere Beachtung schenkte er der Förderung des Fremdenverkehrs und wandte sich gegen die allmähliche Zersetzung des urbayerischen Volkstyps durch die Vermassung.

11/1954 **„BP als ausgleichende Kraft“**<sup>18</sup> - Oberau. In einer Wählerversammlung der Bayernpartei sprach MdL Bürgermeister Raimund Lang aus Oberammergau; er geißelte eingangs scharf Entgleisungen im Wahlkampf und bedauerte die z. T. unfairen Angriffe anderer Parteien. Dann warnte er eindringlich vor der Gefährlichkeit einer Alleinregierung und wies den Vorwurf, die BP sei ein Feind der Heimatvertriebenen, energisch zurück. Als sehr ernst zu nehmenden Faktor bezeichnete Lang die Gefahr der Vermassung und den drohenden Untergang des Mittelstandes. In einem in bester Sachkenntnis gezeichneten Rückblick auf letzten vier Jahre zeigte der Referent schonungslos Missstände auf, machte die Versammlung aber jetzt mit den wirklichen Leistungen des bisherigen Landtages bekannt. Die BP sei als ausgleichende Kraft notwendig und durchaus nicht überflüssig, weiterhin verwahrte sich Lang gegen den Vorwurf, BP sei die Spalterin der christlichen Front. Als Zielsetzung für die Zukunft bezeichnete Lang als Hauptbelang für seinen Heimatlandkreis den Fremdenverkehr, den er als die „Industrie“ der Gebirgsgegend bezeichnet zu fördern.

12/1954 **BP-Bezirksverband unter neuer Führung**<sup>19</sup> - Bayernpartei - im Gasthof „Schatten“ hatten sich zahlreiche Delegierte und Mitglieder eingefunden, und der stellvertretende Bezirksvorsitzende Karl Krätz konnte auch den Kreisverbandsvorsitzenden MdL Dr. Fischba-

---

<sup>17</sup> GPT 24.11.1954

<sup>18</sup> GPT 24.11.1954

<sup>19</sup> GPT 24.12.1956

cher, MdL Raimund Lang, stellvertretenden Landrat Stückl und Bürgermeister Maderspacher begrüßen. Nach Erstattung der Berichte wurde bei der Neuwahl des Vorstandes Bauingenieur Karl Braun zum ersten Vorsitzenden gewählt; seine Stellvertreter sind: Bürgermeister Maderspacher und Geschäftsführer F. Schaipp (Mittenwald). Schriftführer wurde Verw.-Oberinsp. Albin Dittmar und Kassier Malermeister Matthias Simon. Als Beisitzer gehören der Bezirksvorstandschaft die Ortsverbandsvorsitzenden, außerdem noch MdL Raimund Lang und stellv. Landrat Benedikt Stückl an. Delegierte zum Kreisverband und zur Landesversammlung wurden K. Braun, Bürgermeister Maderspacher und Gemeinderat Sommer. Das Schiedsgericht wird bei einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvorstandschaft gebildet.

Der neue Bezirksvorsitzende Ing. Braun dankte der bisherigen Bezirksvorstandschaft für die geleistete Parteiarbeit; dann sprach MdL R. Lang über einige aktuelle Punkte. Zum Schluss der Versammlung ermahnte der Kreisverbandsvorsitzende MdL Dr. Fischbacher die neue Vorstandschaft zur aktiven Mitarbeit und gab einen Überblick über die Innenpolitik, wobei er auch die derzeitige politische Lage beleuchtete. Indessen er dann auf die Bundestagswahl 1957 zu sprechen kam, zeigte er den Weg, den die Bayernpartei gewillt ist, zu gehen; denn es gilt vor allem die Stellung Bayerns im Bund zu wahren. Es müsse auch ein besonderes Anliegen der Bayernpartei sein, dem in seiner Existenz bedrohten Mittelstand zu helfen. In markanten Worten ermahnte der Kreisverbandsvorsitzende abschließend zur Einigkeit; denn nur eine geschlossene Partei könne alle Hindernisse überwinden.

01/1958 **„Als Heimatpartei notwendig“**<sup>20</sup> - Dr. Fischbacher über Ziele der BP / Bezirksverband mit neuem Vorsitz - Garmisch-Partenkirchen (bl) — Auf der Jahreshauptversammlung der Bayernpartei des Bezirksverbandes Garmisch-Partenkirchen konnte. Schriftführer Dittmar, der die Versammlung leitete, vor allem den Kreisverbandsvorsitzenden von Oberbayern, Dr. Jakob Fischbacher, Abgeordneten Lang, stellvertretenden Landrat Stückl und als örtliche Vertreter Bürgermeister Maderspacher und die Gemeinderäte Maurer und Sommer begrüßen. -

Nach Erstaten der Berichte hatte die Neuwahl folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Juwelier Bernhart Roth, 2. Vorsitzender Dipl.-Wirtschaftler Hans Biersack, Schriftführer Verw.-Ins. Dittmar, Kassier Malermeister Simon. Beisitzer wurden die Ortsverbandsvorsitzenden, außerdem noch Abgeordneter Lang und stellvertretender Landrat B. Stückl.

Der bisherige Vorsitzende, Karl Braun, lehnte aus gesundheitlichen Gründen eine Wiederwahl ab. Für seine der Bayernpartei geleisteten Dienste wurde ihm unter Beifall der Delegierten der Dank gezollt. Hierauf gab der Kreisverbandsvorsitzende, Dr. Fischbacher, in einer

---

<sup>20</sup> GPT 29.01.1958

großangelegten Rede die Richtlinien für die weitere Arbeit der Bayernpartei bekannt und hob ihre Notwendigkeit als Heimat- und Landesparteitag besonders hervor. Sie solle auch die ständige Benachteiligung der einheimischen Bevölkerung verhindern. Die Bayernpartei sei und bleibe eine für die bayerische Politik fruchtbare Realität. Eine starke Mittelstands- und Agrar-Politik würden die weitere Parteilarbeit bestimmen. Den Mittelstand ermahnte der Redner zur Einigkeit. Anschließend nahm noch Abgeordneter Lang zu aktuellen Problemen Stellung. Die Ausführungen der beiden Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der neue Vorsitzende, Bernhart Roth, dankte für das Vertrauen und bat die Parteifreunde zur weiteren aktiven Mitarbeit.

04/1959 **Sie will „das Gewissen Bayerns“ sein<sup>21</sup>** - Bayernpartei hält Jahresversammlung / Bezirksvorsitzender Bernh. Roth - Die Jahresversammlung der Bayernpartei war von Mitgliedern und Delegierten sehr gut besucht. Durch die Anwesenheit des Landesvorsitzenden Dr. Panholzer und des Kreisverbandsvorsitzenden Jakob Fischbacher erhielt sie besonderes Gewicht. Auch Landrat Benedikt Stückl war erschienen. Die Berichte des Bezirksvorsitzenden Bernhart Roth und des Schriftführers Albin Dittmar kündeten von der regen Tätigkeit des Bezirksverbandes.

Die von Gemeinderat Hans Sommer geleitete Wahl brachte keine wesentlichen Veränderungen; einstimmig wiedergewählt wurde Vorsitzender Juwelier Bernhart Roth, gleichberechtigte Stellvertreter bleiben Diplom-Wirtschaftler Hans Biersack und Lagerhausbesitzer F. Schaipp, Mittenwald. Schriftführer bleibt der Verwaltungs-Oberinspektor Albin Dittmar. Neugewählt wurde als Kassier der Textilkaufmann Karl Mayer. Als Beisitzer gehören der Bezirksvorstandschaft die Ortsverbandsvorsitzenden, ferner Landrat Benedikt Stückl und Bäckermeister Josef Lichtenwald an. Delegierte für den Kreisverband und für die Landesversammlung sind Bernhart Roth, Hans Biersack und Albin Dittmar.

Nach der Neuwahl hob der Kreisverbandsvorsitzende Dr. Fischbacher anerkennend hervor, mit welcher Hingabe Bezirksvorsitzender Roth und Schriftführer Dittmar die Geschicke des Bezirksverbandes geleitet hätten. Nach einer kritischen Betrachtung der Regierungsneubildung sagte Dr. Fischbacher zur bayerischen Landespolitik, die Partei werde künftig eine zielstrebige Politik treiben und zwar ohne Blickrichtung nach links oder rechts. Die Bayernpartei könne und müsse das Gewissen Bayerns sein. Sie sei ferner Hüterin des Mittelstandes und der Rechte der einheimischen Bevölkerung. Aber auch die Selbständigkeit Bayerns müsse kompromisslos gewahrt werden. Die Bayernpartei setze sich für einen gesunden Föderalismus ein und wende sich mit Entschiedenheit gegen alle Zentralisierungsversuche. Auch der

---

<sup>21</sup> GPT 08.04.1959

Landesvorsitzende Dr. Panholzer sprach über aktuelle Probleme der bayerischen Politik. Die Ausführungen beider Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen.

10/1959 „**Weißblaue Parteifahne flattert wieder**“ - **Bayernpartei formiert sich neu / Protest gegen „Sippenhaft“**<sup>22</sup> – Die Bayernpartei werde weiterleben und sei auch trotz eines „Dunkelkampfes“, wie man ihn nie zuvor in der bayerischen Geschichte erlebt habe, nicht vernichtet worden, erklärte der Bezirksvorsitzende der BP Bernhart Roth in seiner Begrüßung zu einer öffentlichen Kundgebung am Sonntag im „Rassen“. Sie schloss sich an eine interne Bezirksversammlung an, bei der sich auch die BP-Vertreter aus den Nachbarkreisen über ihre künftige Marschroute ausgesprochen hatten. Es zeichnet sich deutlich ab, dass die BP nach dem Spielbankprozess unter neuer Leitung ihre Kräfte auch im Oberland neu organisieren will.

Man gebe ehrlich zu, betonte der Bezirksvorsitzende, dass man in der Bayernpartei — wie in jeder anderen Partei auch — Fehler gemacht habe, aber es dürfe und könne nicht sein, dass nun durch menschliche Schwächen einzelner eine ganze Partei vernichtet werden soll. Dem neuen Landes Vorsitzenden Dr. Panholzer, der schon viel für Bayern getan habe, sei in den letzten Wochen überall eine Welle des Vertrauens entgegengeschlagen. „Wir haben mit der Spielbanksache nichts zu tun und man kann uns nicht eine Kollektivschuld aufhalsen.“

Zur Innenpolitik forderte Dr. Fischbacher Kontrollorgane für die Staatsbürgschaften und kritisierte das Bundes-Rundfunkgesetz als einen skandalösen Eingriff in die Kulturhoheit der Länder.

Als neuer Landesvorsitzender der BP befasste sich Dr. Panholzer eingehend mit der Entstehungsgeschichte der Spielbanken, für die auch in anderen Parteien Abgeordnete gestimmt hätten. Dr. Panholzer kritisierte auch die juristische Fragwürdigkeit des Spielbank-Untersuchungsausschusses und charakterisierte den Spielbank-Prozess als ein vorwiegend politisches Manöver. Wenn drei frühere Parteimitglieder sich strafbar gemacht hätten, dann könne man das nicht in Form einer Art „Sippenhaft“ der ganzen Partei ankreiden. Man werde ja auch nicht die CDU als Kreditschieber-Gesellschaft bezeichnen, weil sich in Holstein ein solcher Skandal-Prozess anbahnt.

Dr. Panholzer wandte sich erneut gegen die „Politik der Stärke.“, die als gescheitert erscheinen müsse, und verwies darauf, dass bereits 1917 Papst Benedikt XV. als wahrhaft neutraler Mann den Vorschlag totaler Abrüstung gemacht hatte, auf den man endlich ernstlich zurückkommen müsse. Zur Innenpolitik verwies der Landesvorsitzende auf die Notwendigkeit der Stärkung und Läuterung unserer Demokratie, die in Deutschland aus Gründen historischer

---

<sup>22</sup> GPT 28.10.1959

Entwicklung nie zum Zentralismus oder zur Einparteien-Herrschaft führen dürfe, an denen sie schon einmal zerbrach. Gegen Machtstreben der Ministerialbürokratie und Überflutung mit neuen Gesetzen wandte sich der Landesvorsitzende ebenso scharf wie gegen die wirtschaftspolitischen Machtzusammenballungen, mit denen man in Bonn zu sehr „verheiratet“ sei. Der „Entrechtung des Mittelstandes“ dürfe man vor allem in Bayern nicht tatenlos zusehen, weil er die historisch gewachsene Wirtschafts- und Kulturform gerade dieses Landes sei. Die Mittelstandsförderung sei heute eine „nationale Aufgabe“, auch weil nur der Mittelstand ein echter Damm gegen den östlichen Druck sein könne.

Für die unveränderten Ziele der Bayernpartei machte sich dann der Kreisvorsitzende der BP, Dr. Fischbacher, stark. Er wandte sich nachdrücklich gegen alle Einflüsse, von denen die bayerische Selbständigkeit bedroht sei, die man mit „letzter Konsequenz“ verteidigen müsse.

11/1960 **Der neue Stil der Bayernpartei - „Echte Partnerschaft zwischen Bürger, Bauer und Arbeiter“**<sup>23</sup> - Garmisch-Partenkirchen (fei) — Der Kreisverband Oberbayern der Bayernpartei hielt in Weilheim seine Herbstarbeitstagung für die Bezirksverbände Bad Tölz, Garmisch-Partenk., Landsberg, Schongau, Starnberg, Weilheim und Wolfratshausen. 1. Kreisvorsitzender Dr. Fischbacher gab einen Überblick über die derzeitige Situation der Partei; die erfreuliche Aktivität der Bezirks- und Ortsverbände lobend, sagte Dr. Fischbacher: „Wer heute noch glaubt, dass die Bayernpartei schläft, möge selbst aus seiner politischen Lethargie erwachen und mit den vielen Getreuen, die sich noch immer der Bayernpartei verschrieben haben, für die Erhaltung und die Freiheit unseres Bayerlandes arbeiten.“

Erster Landesvorsitzender, Staatssekretär a. D. Dr. Panholzer, von der Versammlung stürmisch begrüßt, ging auf die außenpolitische Lage ein und gab eine kritische Betrachtung der internationalen Wirtschaftspolitik. Seine Darlegungen über die bundesdeutsche Innenpolitik wurden immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen. Der Landesvorsitzende sprach „vom neuen Stil der Bayernpartei“ und dem zeitgemäßen neuen Parteiprogramm. Besondere Beachtung fanden seine Ausführungen zum Sozialprogramm der Partei. Der Arbeiterstand sei in der Vergangenheit in mancherlei Beziehung vernachlässigt worden. In ihm schlage aber oft ein besseres bayrisches Herz als in dem des Besitzenden. Das Ziel der Bayernpartei müsse es sein, eine echte Partnerschaft zwischen Bürger, Bauern und Arbeitern herzustellen. Mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zu unserer bayrischen Heimat und zur Bayernpartei schloss Dr. Panholzer seine Ausführungen.

Dr. Bohrer sprach zu dem Thema: „Bayerns geschichtliche Aufgabe in der Vergangenheit und heute“. Der hervorragende Kenner bayrischer Geschichte und Politik verstand es, sei-

---

<sup>23</sup> GPT 08.11.1960

nen Zuhörern ein eindrucksvolles Bild der verhängnisvollen Folgen zentralistischer Machtpolitik zu zeichnen, das in den Worten gipfelte: „Wir haben keine Veranlassung das bayrische Schicksal mit dem Bonner Bundespreußentum zu verbinden, weil sonst der Untergang Bayerns besiegelt ist.“

Im Anschluss entwickelte sich eine rege Aussprache um allgemeine, bäuerliche, soziale und parteiinterne Probleme, in der Dr. Panholzer in seiner ihm eigenen, ruhigen und sachlichen Art wiederholt eine Reihe aktueller Fragen beantwortete. Die Arbeitstagung, zu der aus dem ganzen Oberland viele Delegierte gekommen waren, schloss mit einem Bekenntnis der Treue zur Bayernpartei und unserem geliebten bayrischen Vaterlande.

04/1961 **Neuer Vorstand der Bayernpartei**<sup>24</sup> - Garmisch-Partenkirchen (bl) — In der Versammlung des Ortsverbandes Partenkirchen der Bayernpartei gab Bezirksvorsitzender Bernhard Roth einen Überblick über die politische Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahre. Besonders ausführlich berichtete er über die Gemeinde- und Bürgermeisterwahl 1960. Im Gegensatz zu den Anhängern der beiden großen Parteien CSU und SPD, von denen ein Großteil sich die Kommunalwahl — die in erster Linie geeignete Persönlichkeiten bringen sollte — leicht macht, in dem sie nur die Liste ankreuzt, müsse man den Wählern der kleineren Parteien immer wieder bestätigen, dass sie im besten demokratischen Sinne sich ihre Kandidaten aus allen Listen zusammensuchten. Schon deshalb sei es selbst für prominente Spitzenkandidaten der kleineren Parteien schwer, den Vorsprung der großen zu erreichen. Wenig erfreulich seien die Vorgänge um die Wahl des 2. Bürgermeisters gewesen; die Einstellung der CSU gegen eine Wiederwahl des um Garmisch-Partenkirchen so verdienten Bürgermeisters Luis Maderspacher habe in alteinheimischen Kreisen sehr enttäuscht. Mit dem Ausgang der Kreistagswahlen konnte die Partei zufrieden sein.

Dem aus seinem Amt scheidenden 1. Vorsitzenden, Oberlehrer Sommer, dankte der Bezirksvorsitzende, insbesondere auch für seine Arbeit im Gemeinderat, in der er sich mit ganzem Herzen und mit Erfolg für die Belange des Ortsteiles Partenkirchen immer mutig eingesetzt habe. In der anschließenden Neuwahl übernahm, einstimmig gewählt, der Mitbegründer des hiesigen Ortsverbandes, Baumeister Johann Baudrexl sen. das Amt des 1. Vorsitzenden. Zum 2. Vorsitzenden wurde Fuhrunternehmer Anton Bartl, zum Schriftführer Josef Aigner, zum Kassier Karl Meyer gewählt. Als Beisitzer fungieren die Mitglieder Sommer, Dittmar und Berghofer. In seinen Schlussworten dankte der Bezirksvorsitzende den Gewählten für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und bat alle Anwesenden, in ihrer Treue zur Partei und ihrer Liebe zur bayerischen Heimat nicht zu erlahmen.

---

<sup>24</sup> GPT 17.04.1961

11/1961 **„Für ein friedliches glückliches Bayern“**<sup>25</sup> - Als der Kreisverband der Bayernpartei seine 14. Generalversammlung hielt, war der Saal im „Werdenfelser Hof“ überfüllt; der Vorsitzende Bernhart Roth konnte prominente Ehrengäste begrüßen, so den Landesvorsitzenden, Staatssekretär a. D. Dr. Panholzer, den Ehrenvorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern, Dr. Jakob Fischbacher, den Landesgeschäftsführer Dr. Ludwig Nerlinger, den stellv. Vorsitzenden des Bezirksverbandes München, Haberstock, den Vorsitzenden vom Jungbayernbund Stadler, den Kreisverbandsvorsitzenden von Wolfratshausen, Seb. Feichtmayr, und Landrat Benedikt Stückl.

Der Kreisverbandsvorsitzende würdigte in seinem Rückblick auf die Gründungszeit der einzelnen Ortsverbände die selbstlose Arbeit ihrer Ausschüsse und dankte den heute noch aktivsten Mitgliedern für ideelle und finanzielle Hilfe. Der Jahres- und zugleich Kassenbericht des Schriftführers fasste die Parteiarbeit im Vereinsjahr zusammen und stellte den Kreisverbandsvorsitzenden als Idealisten zum Vorbild für alle hin.

Die Neuwahl der Vorstandschaft leitete Luis Maderspacher sen., auf dessen Vorschlag hin die gesamte alte Vorstandschaft per Akklamation einstimmig wiedergewählt wurde. In den Kreisausschuss kamen die jeweiligen Ortsverbandsvorsitzenden. Nach Entlastung der Vorstandschaft durch Landrat Stückl dankte Vorstand Roth bei den Wiedergewählten für ihr uneingeschränktes Ja zu weiterer Mitarbeit.

Die anschließende Kameradschaftsfeier begann mit festlicher Musik der Kapelle Faltin und einer Ansprache des Landesgeschäftsführers Ludwig Nerlinger. Dieser streifte kurz die Entstehungsgeschichte der Bayernpartei, ermahnte die Bayernfreunde, sich auf ihre eigene Kraft zu besinnen, stets Disziplin zu bewahren und auch weiterhin „fest anzuschieben!“

In seiner Festansprache begrüßte der Landesvorsitzende Dr. Panholzer die Werdenfelser als seine Landsleute und dankte ihnen für ihre Treue zur angestammten Heimat und die eben wieder bewiesene Einmütigkeit. Solange die Bayernpartei bestehe, sei sie angegriffen worden, und darum müsse auch die jetzige Generation mutig, überzeugt und begeistert sein. Mit Freuden nahm der Landesvorsitzende dann die Ehrung der Gründungsmitglieder und verdienter Bayernfreunde vor und fand für jeden ein anerkennendes, freundliches Wort, besonders für den eigentlichen Gründer der Kreisgruppe Johann Baudrexl sen., dem er das goldene Ehrenzeichen als Erstem verlieh. Es folgten goldene Ehrennadeln für Josef Fischer (Garmisch), Karl Meyer (Partenkirchen), Frau Wally Schwaiger (Garmisch), Josef Sonner (Ohlstadt), Josef Geiger (Eschenlohe), Josef Vogg (Grainau) und Johann Armbrügger (Oberau). Weitere neun Mitglieder erhielten dieselbe Auszeichnung für langjährige, ver-

---

<sup>25</sup> GPT 29.11.1961

dienstvolle Mitarbeit, u. a. Landrat Benedikt Stückl, Luis Maderspacher sen. und Bürgermeister Raimund Lang (Oberammergau). Silberne Ehrenzeichen gab es für 64 alte Bayernpartei-freunde.

An sie alle wandte sich Dr. Jakob Fischbacher, als er bewegt seinen leidenschaftlichen, schweren und entbehrungsreichen Kampf um die Bayernsache schilderte. Er hob besonders die Mitarbeit der auch hier anwesenden Frauen hervor, die durch ihr Verständnis mithelfen, innerlich stark, sozial und gerecht das Ziel zu verfolgen: ein friedliches, glückliches Bayern. Die stehend gesungene Bayernhymne schloss sich der Ehrung an. Gemeinderat Maderspacher dankte für die zu Herzen gehenden Worte und stellte Männer wie Dr. Panholzer und Dr. Fischbacher als Vorbilder der Lauterkeit und Treue hin. Grüße von Parteigründer MdL Stadtrat Ludwig Lallinger übermittelte noch der stellv. Vorsitzende Haberstock.

Im unterhaltsamen Teil wirkte außer der fleißigen Musikkapelle Max Wendler als glänzend gelaunter Ansager mit humoristischen Einlagen mit, und die „Rehm-Buam“ erwarben sich mit ihren heimatlichen Jodlern und Liedern die Herzen aller Besucher.

05/1962 **Politische Heerschau unterer weiß-blauer Fahne**<sup>26</sup> - 14. Landestagung der Bayernpartei / 800 Delegierte / Aktuelle Landespolitik Garmisch-Partenkirchen (red) —

Der Kurort ist heute zum ersten Male Schauplatz für repräsentativste Tagung einer demokratischen Partei im Nachkriegsdeutschland: Etwa 800 Delegierte der Bayernpartei treffen sich zu ihrer Landestagung, der im Zeichen der Landtagswahlen 1962 erhöhte politische Bedeutung zukommt. Demonstrativ ist auch der Tagungsort gewählt: Im Oberland hatte die Bayernpartei in den letzten Jahren Einbußen erlitten, hier will sie wieder Boden gut machen, nicht zuletzt auch damit, dass ihr Landesvorsitzender, Staatssekretär a. D. Dr. Panholzer, für die Landtagswahlen als Kandidat der BP im Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen - Bad Tölz nominiert ist. Auch in CSU-Kreisen erwartet man die wahlpolitische Marschroute, die sich aus dieser Tagung und der Vorstandswahl der BP ergeben wird, mit intensivstem Interesse, sind doch bereits deutliche Bemühungen in der Bayernpartei erkennbar geworden, sie als möglichen Koalitionspartner gesellschaftsfähig zu machen.

Weiß-blau wie ihre politische Farbe ist auch die schriftliche Einladung der Bayernpartei zu dieser Landestagung gehalten, die man bei der Parteileitung im Voraus schon als die wohl bedeutsamste in der 14jährigen Geschichte der Bayernpartei bezeichnet hat. Der gesellschaftliche Rahmen ist repräsentativ gehalten und es wird nicht an prominenten Besuchern und vielen Zaungästen fehlen. Auch die Presse hat ein beträchtliches Interesse bekundet,

---

<sup>26</sup> GPT 19.05.1962



kann doch der Ausgang der bayerischen Landtagswahlen mit dem Abschneiden der Bayernpartei entscheidende Einflüsse auch in der Bundespolitik zeitigen.

In ihrem Mitteilungsblatt „Freies Bayern“ haben die führenden Persönlichkeiten der Bayernpartei ihre Gedanken und Richtlinien für diese „Schicksals“- Landestagung bereits eingehend dargelegt. So schreibt der 1. Landesvorsitzende, Dr. Joseph Panholzer, zum Geleit u. a.: „Auf altbayerischem Boden, im Werdenfelser Land, werden sich die Stände der Bayernpartei zu ihren Wahlen und Beratungen versammeln. Das Werdenfelser Land ist mit seinen großartigen Naturschönheiten vom Weltenschöpfer in einer besonderen Weise ausgezeichnet worden. Wir kommen in ein Land, dessen Geschichte über die Römerzeit hinaus die Keltenzeit erfasst und für uns alle Zeugnis unseres erworbenen Rechts ein Sinnbild der Dauerhaftigkeit unserer Geschichte und Vorgeschichte darstellt.

Landesleitung und Landesausschuss der werden am 18. Mai die Landesversammlung mit Gründlichkeit und Umsicht vorbereiten. Organisatorische und personelle Fragen und die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes sind die wichtigsten Beratungsgegenstände. Wie wir es immer gemacht haben, werden wir auch diesmal in klarer und offener Aussprache alle Probleme gewissenhaft erörtern und bemüht sein, zu richtigen Entschlüssen zu kommen. In der Landesversammlung werden die Delegierten unserer Partei aus allen Landesteilen die Neuwahlen vornehmen und über das Ergebnis der vorausgegangenen Beratungen und Vorschläge der Landesleitung des Landesausschusses endgültig entscheiden.

Die Bayernpartei ist eine Heimatpartei. Von der Heimat aus, von der Heimat der Baiern, Franken und Schwaben ist die Bayernpartei gekommen, dort ist sie in der großen Not der Nachkriegszeit aufgestanden, um in unserem Land eine maßgebliche politische Rolle zu übernehmen. Aus der Verpflichtung zur Heimat, aus der Liebe und Treue zum bayerischen Vaterland setzen wir die politische Arbeit für unser ganzes Land und für seine Stämme in den verschiedenen Landes- teilen mit dieser Landesversammlung fort. Aus der Heimat kommt die Kraft unserer Partei, im Boden der Heimat bleibt die Bayernpartei verwurzelt...

05/1963 **Bayernpartei bleibt ihrem Ziel treu**<sup>27</sup> - Generalversammlung des Kreisverbandes / Dr. Panholzer zur Bundespolitik - Garmisch-Partenkirchen (bl) — Zur Generalversammlung des Kreisverbandes der Bayernpartei, an der auch 1. Landesvorsitzender Staatssekretär a. D. Dr. Panholzer und Landrat Stückl teilnahmen, waren zahlreiche Delegierte aus den Ortsverbänden erschienen. Kreisvorsitzender Bernhart Roth und Schriftführer Dittmar sowie Kassier Meyer erstatteten Bericht über die umfangreiche Tätigkeit des Kreisverbandes im vergangenen Jahr, in dem die — dem Kreisverband zur Durch-führung übertragene 14. Landes

---

<sup>27</sup> GPT 17.05.1963

- Versammlung der Partei in Garmisch-Partenkirchen das große Ereignis war, das in der Öffentlichkeit und in der gesamten bayerischen Presse große Beachtung fand. Viel Beifall fand dabei auch der zu diesem Anlass von Toni Höger geleitete „Bayerische Abend“ im Kurtheater.

Dank Einsatzes aller Parteifreunde und Funktionäre im Landtagswahlkampf 1962 gab es gegenüber 1958 keine Stimmenverluste; die Bayernpartei konnte als drittstärkste im Landkreis ihre Stellung behaupten. Bei der Neuwahl der Kreisvorstandschafft wurde der bisherige 1. Vorsitzende Bernhart Roth (Ga.-Pa.) in seinem Amt wieder bestätigt; als stellvertretende Kreisvorsitzende wurden Hans Maurer (Ga.-Pa.) und Franz Mangold (Bad Kohlgrub) gewählt. Das Amt des Kassenverwalters blieb in den bewährten Händen von Karl Mayer (Ga.-Pa.), das Amt des aus beruflichen Gründen scheidenden Schriftführers Albin Dittmar — dem der Vorsitzende herzlichen Dank für seine langjährige, treue Mitarbeit sagte — übernahm Hans Unrein (Grainau).

Der Landes Vorsitzende Dr. Panholzer, der sich mit dem Kreisverband als Werdenfelser besonders eng verbunden fühlt, dankte allen Parteifreunden und allen Wählern, die auch im vergangenen Jahr sich in ihrer Treue zur Bayernpartei und damit zu Bayern nicht beirren ließen. „Es wäre für unser Land besser gewesen“, so meinte Dr. Panholzer, „wenn man schon „bayrisch“ wählen wollte — die Bayernpartei zu wählen“. Parteien, die von Bonn abhängig seien — das habe sich in der Vergangenheit leider immer bewiesen — seien nicht die richtigen Vertreter einer echten bayerischen Politik.

Die Bayernpartei werde den Kampf um die bayerische Heimat und die Freiheit niemals aufgeben. „Wir haben die Feuerprobe des letzten Wahlkampfes trotz übermächtiger Gegner und ihrer gefährlichen Parole der 5% Klausel bestanden; das ist uns Verpflichtung, nun erst recht unseren geraden Weg zu gehen, noch mehr zu tun, unsere politische Überzeugung in das Land zu tragen.“ Dr. Panholzers Ausführungen zur Landes- und Bundespolitik wurden mit großem Interesse aufgenommen. Im Anschluss an die Besprechung interner Organisationsfragen und der Bekanntgabe des Arbeitsprogrammes 1963 sprach Landrat Stückl zum Schluss herzliche Worte der Anerkennung für den treuen Zusammenhalt der Parteifreunde im Kreisverband, wie er sich in der gemeinsamen Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Landesversammlung und der Landtagswahl wieder einmal bewiesen habe. Er wünsche und hoffe, dass die Jugend, die in der Partei eine politische Heimat gefunden habe und finde, sich daran ein Vorbild nehme und es den Alten gleichtue an Treue und Liebe zur Heimat und zum bayerischen Vaterlande.

01/1965 **Mittelstand und Tagespolitik**<sup>28</sup> - Kreisrat Hans Maurer neuer Vorsitzender des Kreisverbandes der BP - Garmisch-Partenkirchen — Bei der Generalversammlung des Kreisverbandes der Bayernpartei stellte der Kreisvorsitzende B. Roth mit Freude fest, dass besonders auch aus den Landgemeinden die Mitglieder sehr zahlreich erschienen waren. Staatssekretär a. D. Dr. Panholzer; der mit den Werdenfelsern besonders verbunden ist, wurde von der Versammlung besonders herzlich begrüßt. Jahresbericht und Kassenbericht wurden ohne Beanstandung angenommen und der Vorstandschaft Dank und Anerkennung erteilt. Vor der Neuwahl der Vorstandschaft bat der bisherige Vorsitzende Bernhart Roth von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen, nachdem er nun lange Jahre das Amt innegehabt habe; er schlug vor, seinen langjährigen treuen Mitarbeiter Kreisrat Hans Maurer das Vertrauen zu schenken. Einstimmig wurden sodann Kreisrat Hans Maurer, Garmisch, zum 1. Vorsitzenden, Bernhart Roth und Franz Mangold zu stellvertretenden Vorsitzenden, Josef Lichtenwald zum Schriftführer und Karl Meyer zum Kassier gewählt. In den Kreisausschuss wurden zu den bisherigen Mitgliedern Zach (Grainau) und Wunder (Ohlstadt) zugewählt.

Zu den politischen Fragen in und außerhalb der Partei sprach Dr. Panholzer, der sich besonders mit der bedrohlichen Lage der mittelständischen Existenzen befasste, denen anscheinend, ob gewollt oder nicht gewollt, zwischen den Mühlsteinen der Großen und stillschweigender Duldung der beiden großen Parteien das Garaus gemacht werden soll.

Einen breiten Raum in der Diskussion nahm natürlich die bevorstehende Landratswahl ein. Der Kandidat der freien Wählervereinigung des Landkreises Garmisch-Partenkirchen, der sich die Bayernpartei angeschlossen hat, Oberregierungsrat Nau, wurde bei seinem Erscheinen mit viel Beifall bedacht. Es wurde betont, ORR Nau habe sich während seiner Amtstätigkeit in Garmisch-Partenkirchen besonders bei der einheimischen Bevölkerung durch seine ruhige, sachliche und den Nöten der Bürger gegenüber aufgeschlossene Art viele Freunde geschaffen. Wilhelm Nau dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Zahlreiche Diskussionsredner versicherten ihm, dass sie sich mit ganzer Kraft für seine Wahl einsetzen würden und wünschten ihm großen Erfolg. Mit der Bitte, nun auch ihm in Treue und eifriger Mitarbeit so beizustehen, wie seinem Vorgänger, schloss der neue Vorsitzende, Hans Maurer die harmonische Versammlung.

04/1965 **Ein Werdenfelser und ein echter Bayer**<sup>29</sup> - Bayernpartei feiert Geburtstag von Dr. Joseph Panholzer - dem **Staatssekretär a. D. Dr. Joseph Panholzer** seit vielen Jahren besonders herzliche und persönliche Bindungen hat, feierte den 70. Geburtstag des verdienten bayerischen Politikers auf besondere Art. In der „Schönen Aussicht“ begrüßte Kreisvorsit-

---

<sup>28</sup> GPT 22.01.1965

<sup>29</sup> GPT 13.04.1965

zender Hans Maurer den Jubilar und eine Reihe oberbayerischer Kreisvorsitzender mit dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden von Oberbayern Dr. Dr. Höcherl.

Nach einem feinem Geburtstagsständchen, dargebracht von den Rehm-Buam, den Partenkirchner Sängern, der Garmischer Zithermusik und Anni und Marti Lödermann sowie dem Duo Glatz-Maurer, feierte Bernhard Roth in seiner Geburtstagsrede Dr. Panholzer als einen bayrischen Mann und Patrioten, dessen Leben noch geprägt ist von den Gesetzen alter bayrischer Stammesart, weltoffen und weltgewandt, von einer alles umfassenden Geistigkeit, allem Schönen begeistert zugetan.

Der Redner berichtete aus dem Leben Dr. Panholzers, der einem alten, angesehenen Partenkirchner Geschlecht entstammt und schon in jungen Jahren als Vorsitzender des „Friedensbundes deutscher Katholiken“ mit dem Nationalsozialismus in schwere Konflikte geriet und einige Monate nach Dachau kam. Als Staatssekretär der Finanzen in der Viererkoalition war er der unverdrossene Initiator der Wiederherstellung der alten Pinakothek, der Residenz und des Cuvillies-Theaters. Mit dem Dank an den treuen Freund des Werdenfelser Landes und der bayrischen Heimat schloss Roth mit dem Wunsch, dass Dr. Panholzer noch viele Jahre dem Vaterlande erhalten bleiben möge. Wie ein richtiger bayerischer Festabend schloss die Feier mit einem Sängerwettstreit gebirglerischer Art, mit alten Werdenfelser Schmankerln des unvergesslichen Schweizersepples aus Partenkirchen und der Erinnerung an manchen Jugendstreich des Doktors, der in seiner Jugend halt auch ein echter Partenkirchner Lausbub war.

08/1966 **Dr. Kalkbrenner rechnet scharf ab**<sup>30</sup> - Der neue BP-Chef und die „Verräter“ — Attacke gegen Bonner Unionsparteien - Garmisch-Partenkirchen — Der Kreisverband Garmisch-Partenkirchen der Bayernpartei hatte seine Mitglieder und Freunde in den „Schatten“ geladen, wo Kreisvorsitzender Hans Maurer auch den neuen Landesvorsitzenden der BP, Dr. Dr. Helmut Kalkbrennen, Staatssekretär a. D., MdL Dr. Joseph Panholzer, Altbürgermeister Raimund Lang von Oberammergau, den Bürgermeister von Saulgrub, Anton Steinsdorfer, begrüßen konnten; später kamen noch Landrat Wilhelm Nau und Gemeinderat Luis Maderspacher zur Versammlung. 2. Vorsitzender Bernhart Roth gab bekannt, dass Dr. Panholzer wieder für die kommende Landtagswahl kandidieren werde.

Dr. Panholzer erklärte, dass die CSU die Koalition mit der Bayernpartei bewusst zerschlagen habe. Man habe sich einfach über alles hinweggesetzt, um ein paar „Überläufer“ aufzunehmen, was einer Partei, die sich „christlich“ nennt, schlecht anstehe. Damit aber sei die BP wieder frei geworden und könne als selbständige Partei in den Wahlkampf gehen.

---

<sup>30</sup> GPT 03.08.1966

Landesvorsitzender Dr. Kalkbrenner stellte zunächst fest, dass die BP immer vertragstreu gewesen sei. Die CSU habe die „Abtrünnigen“ abgeworben. Dadurch sei der Gesundungsprozess der BP beschleunigt worden und sie könne nun einen geraden und klaren Kurs einschlagen und dabei Trägerin des bayerischen Staatsgedankens bleiben,

Recht hart ins Gericht ging der neue BP-Chef mit den „Abtrünnigen“ Gassner, Dr. Wehgartner und Gütlein, die er als „Verräter an der Sache Bayerns“ bezeichnete. Heute sei der bayerische Staat nur noch ein Handlanger für den Bund auf allen Gebieten. In Bonn herrsche ein zentralistischer Machthunger, der bald schlimmer sei als im sogenannten Dritten Reich. Alles versuche Bonn an sich zu ziehen. Bayern sei immer dann am glücklichsten gewesen, als es sich selber regierte. Wie weit der „Bonner Zentralismus“ gehe, beweise die beabsichtigte „Gleichschaltung“ der Handwerksbezeichnungen: der Metzger soll „Fleischer“ heißen, der Tapezierer „Raumausstatter“, der Schreiner soll sich „Tischler“ nennen und so fort.

Bayern könne auf eine eineinhalbtausendjährige Geschichte zurückblicken und sei damit älter als alle deutschen und manche europäische Staaten; diese Tatsache müsse unserer Jugend zum Bewusstsein gebracht werden und darüber hinaus die bedeutende Rolle, die Bayern seit je auf kulturellem Gebiet gespielt habe. Das Künstlerische liege dem Bayern eben im Blut, und die bayerische Eigenart sei aus Herkommen und Landschaft geprägt und dürfe nicht durch andere verfälscht werden. Gern seien wir ein Land eines weltaufgeschlossenen Fremdenverkehrs. Nur müsse man sich gegen jene Leute zur Wehr setzen, die sich hier niederließen, um ihren Willen aufzuzwingen. Ihnen müsse ganz deutlich gesagt werden: „Wer bei uns wohnt, ist Gast, aber niemals Herr!“ Auch darum kämpfe die Bayernpartei. Lebensstil und bayerisches Selbstbewusstsein müssten erhalten bleiben. Dazu gehöre auch der bedrohlich anwachsende Ausverkauf unserer Landschaft durch üble Spekulanten. Schon jetzt seien dadurch irreparable Schäden entstanden. Das Land dürfe sich nicht weiter „zersiedeln“ lassen. Ähnlich sei es auch auf wirtschaftlichem und landwirtschaftlichem Gebiet. Dr. Kalkbrenner bezeichnete als „Hauptschuldigen“ an dieser zentralistischen Entwicklung die CDU/CSU in Bonn. Dr. Kalkbrenners mit großer Leidenschaft vorgetragene Argumente rissen die Zuhörer immer wieder sichtlich mit.

Auch in der anschließenden lebhaften Diskussion kamen diese Gedanken immer wieder zum Ausdruck, und Bernhart Roth konnte die Versammlung mit dem Appell schließen, es gehe letzten Endes um die Erhaltung der Heimat und deren Fortbestand in Frieden und Freiheit.

04/1967 „**Wir wollen wieder in den Landtag**“<sup>31</sup> - Dr. Kalkbrenner bei der Generalversammlung der Bayernpartei – (eb) Garmisch-Partenkirchen - Zur Generalversammlung des Kreisverbandes Garmisch-Partenkirchen der Bayernpartei konnte der Kreisvorsitzende Gemeinde- und Kreisrat Hans Maurer außer den Delegierten der Ortsverbände und zahlreichen Mitgliedern auch den Landesvorsitzenden Dr. Dr. Helmut Kalkbrenner begrüßen. Der Jahresbericht von Bernhart Roth befasste sich ausführlich mit den Gemeinde- und Kreistagswahlen und der Bayerischen Landtagswahl 1966.

Dass es trotz der jahrelangen Inaktivität des Kreisverbandes — hervorgerufen durch den seinerzeitigen Landesvorsitzenden Wehgartner — dessen zwielichtige Parteipolitik bei den Werdenfelser Parteifreunden auf schärfsten Widerstand stieß, gelang, in wenigen Wochen zur Landtagswahl doch noch 8.8 Prozent der Wählerstimmen im Wahlkreis Garmisch-Partenkirchen/Bad Tölz für die Bayernpartei zu gewinnen, sei eigentlich eine Überraschung gewesen. Das habe andererseits gezeigt, wie stark die Bayernpartei noch im Volk verankert sei. Der nun wieder aktiv gewordene Kreisverband habe diese erste Bewährungsprobe gut bestanden. Der geradlinige Kurs des neuen Landesvorsitzenden Dr. Kalkbrenner finde die allgemeine Anerkennung aller Parteifreunde und wie zahlreiche Neuaufnahmen auch im Landkreisgebiet beweisen — besonders auch das Interesse der jungen Wähler. Mit viel Aufmerksamkeit wurde auch der Bericht des Kreiskassiers Carl Meyer aufgenommen, der eine Aufschlüsselung der Wahlkosten für die Kreis- und Gemeindewahl wie auch für die Landtagswahl brachte.

Der Landesvorsitzende Dr. Kalkbrenner dankte den Werdenfelser Parteifreunden für die Treue und Anhänglichkeit, die sie ihm in den wenigen Monaten seiner Amtsführung bereits bewiesen hätten. Er wisse, dass gerade sie immer sehr kritisch in der Vergangenheit die Vorgänge in der Partei beobachtet und mit ihrer Meinung nicht zurückgehalten hätten. So wie hier habe sich im ganzen Land die Partei nicht durch den Ausgang der Landtagswahl beeinflussen lassen, weil jeder wisse, dass der Wiedereinzug in den Bayerischen Landtag lediglich an der „undemokratischen“ und sehr umstrittenen Fünf-Prozent-Klausel des Wahlgesetzes scheitert.

Die Bayernpartei sei heute nach allen Seiten frei und habe auf keinerlei Rücksichten und Bindungen zu anderen Parteien zu achten. Sie werde außerhalb des Landtages die so nötige Opposition im bayrischen Volke bilden. Sie habe ihre größte Zeit erlebt, als sie einen kompromisslosen Kampf „gegen den Ausverkauf unserer bayerischen Heimat und gegen die Vernichtung unserer bayerischen Eigenständigkeit“ geführt habe. „Wir wollen wieder in den Bayerischen Landtag — aber wir wollen so stark in ihm vertreten sein, dass wir diesen Landtag als eine Bastion bayerischen Freiheitswillens und Staatsbewusstseins betrachten können

---

<sup>31</sup> GPT 00.04.1967

und nicht als immer mehr entrechtetes Organ gegenüber einem machtgerigen Zentralismus Bonner Prägung.“

Kreisvorsitzender Hans Maurer schloss mit Dank an Staatssekretär a. D. Dr. Panholzer, der als langjähriger Abgeordneter der BP des Wahlkreises Garmisch-Partenkirchen/Bad Tölz sich viele Freunde gewonnen habe und erinnerte an die Altbürgermeister Luis Maderspacher und Raimund Lang, die durch ihre Persönlichkeit und ihr Wirken der Partei Ehre gemacht hätten. Ihr Vorbild soll Ansporn sein.

### 1978 **Hans Gattinger, Stimmkreis 120**<sup>32</sup>

„Ich bin als Sohn eines Wirts aufgewachsen, habe Abitur gemacht, Wehrdienst geleistet und in München studiert. Seit fünf Jahren bin ich als Lehrer tätig, davon vier Jahre im oberen Isartal.

Die Bayernpartei als christlich-konservative, aber den modernen Erfordernissen aufgeschlossene Partei tritt ein für föderativen Aufbau der Bundesrepublik, der allein Bürgernähe garantieren kann. Das bedeutet: Ablehnung des Zentralismus und sofortige Überprüfung der Gebietsreform.

Die neuen Großgemeinden sind leichter von oben her zu regieren, aber keineswegs leistungsfähiger, wirtschaftlicher oder billiger. Im Gegenteil: Der Verwaltungs- und Beamtenapparat wird kostspielig aufgebläht. Die Bürgermeister rücken in ihren Amtsstuben viel zu weit vom Bürger weg, die Orientierung wird erschwert, statt vereinfacht.

Die Bayernpartei fordert außerdem schon immer einen wirksamen Schutz des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft vor den großen, übermächtigen Konzernen und Industriegiganten. Gerade durch einen gesunden und gestärkten Mittelstand könnte dem Problem der Arbeitslosigkeit ganz entschieden Einhalt geboten werden.

In der Schulpolitik fordern wir eine stärkere Orientierung an den tatsächlichen Gegebenheiten. Mit vorausschauender Planung hätte es keine Schwemme von Abiturienten, arbeitslosen Akademikern und Lehrern gegeben.

Umwelt und Natur müssen vor zu viel Technik geschützt werden. Wir lehnen die Riesenmasten im Isartal ab, die einen Strom transportieren sollen, der vielleicht in 20 Jahren einmal gebraucht wird.

---

<sup>32</sup> GPT zur LT-Wahl 1978

Wir lehnen auch die Zugeständnisse für das Wasserprojekt im Loisachtal ab. Man will nicht wahrhaben, dass das Gebiet um die Brunnen austrocknen und veröden wird.

Die Kandidaten der Bayernpartei sind unabhängig von Industrieunternehmen und können unabhängige Politik betreiben!“

04/1982 **Bayernpartei**<sup>33</sup>

„Einladung an alle Landsleute zu einer Informationsversammlung am Mittwoch, 21. April 1982, um 19.30 Uhr im **Gasthof zur Brücke in Eschenlohe**.

Von Bayern retten, was noch zu retten ist, das ist der Sinn des Kampfes der wiedererstarkten Bayernpartei. Bitte helfen Sie uns, Zerstörung und Ausverkauf unseres Landes zu stoppen.

Informationsmaterial kostenlos und unverbindlich durch Bayernpartei, Untere Weidenstraße 14, 8000 München 90.

Bayernpartei - das weißblaue politische Gewissen Bayerns“

10/1982 **Bayernpartei - das weißblaue politische Gewissen Bayerns!**<sup>34</sup>

„Wir wollen: Stärkere Hilfe für Arbeitslose, aber die rote Karte für Arbeitsscheue - Menschlichkeit gegenüber Gastarbeitern, aber keine Masseninvasion fremder Bevölkerungsgruppen - Schutz unserer Landschaft und Kultur, damit auch unsere Kinder noch Bayern sein können. - Wir bitten um ihre Stimme“

Ihr Landtagskandidat S. Feichtmair

NR: 614

Ihr Bezirkstagskandidat Hans Pensberger

Nr. 523

08/1986 **Umwelt- und Agrarpolitik sind Schwerpunkte**<sup>35</sup> – Mit BP-Generalsekretär Hubert Dorn und dem oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Michael Raith wählten kürzlich die Delegierten der BP-Kreisverbände Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz-Wolfratshausen im Gasthof „Zur Brücke“ (Eschenlohe) die Kandidaten für Land- und Bezirkstag. So wurden im

---

<sup>33</sup> GPT 20.04.1982 - Anzeige:

<sup>34</sup> GPT 08.10.1982 – Anzeige

<sup>35</sup> GPT 22.08.1986



Stimmkreis Garmisch/Bad Tölz Regierungsoberamtsrat a. D. Sebastian Feichtmair aus Bad Heilbrunn für den Landtag und der Eschenloher Schreinermeister Josef Geiger jun. für den Bezirkstag nominiert.

Im anschließenden Kurzreferat umriss Generalsekretär Dorn die Zielsetzung der Bayernpartei für die Landtagswahl im Herbst 1986. Er wies dabei auf den schon seit einigen Jahren erkennbaren Aufschwung hin, der sich vor allem in den steigenden Mitgliederzahlen ausdrückte. Der Bürger habe anscheinend die immer weiter ausufernden Spendenskandale und Schmiergeldaffären der etablierten Parteien satt. Den regierenden Parteien der letzten 20 Jahre warf Dorn vor, die Umweltprobleme verschleppt zu haben. Die Bayernpartei habe dagegen bereits 1965 den Auto-Abgaskatalysator gefordert und wollte schließlich mit Hilfe eines Volksbegehrens ein Waldsicherungsgesetz erzwingen.

Besorgt wies der Referent auf die seit der Gebietsreform umgreifenden „zentralistischen und bürgerfeindlichen Tendenzen“ hin. Zukunftsorientierte bayerische Politik bedeute für die Bayernpartei überschaubare, dezentralisierte Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kulturbereiche, weil sich der Mensch dort am besten wohlfühle.

Die Agrarpolitik der CSU kritisierte Dorn als schlicht ungerecht, da sie nicht die überschuldeten produzierenden Agrarfabriken beschneide, sondern die kleinen und mittleren Betriebe letztlich die Zeche, in Form von Betriebseinschränkungen und -aufgaben zu zahlen hätten. Die Bauern sollten der für die verfehlte Landwirtschaftspolitik verantwortliche Partei endlich die „rote Karte“ zeigen und wissen, dass die Bayernpartei die Interessen der bayerischen Landwirtschaft verantwortungsbewusst vertrete.

10/1986 **Schwerpunkt Umwelt<sup>36</sup> - Johann Gattinger** kandidiert für Bayern Partei - Weilheim (kb) - Wenn am kommenden Sonntag die Bürger im Landkreis Weilheim-Schongau ihren Landtags-Wahlzettel ausfüllen, bewirbt sich der Krüner Lehrer Johann Gattinger als Direktkandidat für die Bayernpartei, Liste 6, Platz 20. Der verheiratete Pädagoge an der Mittenwalder Volksschule setzt die Schwerpunkte seiner Wahlaussagen in erster Linie auf den Schutz der heimischen Umwelt und die Bewahrung bayerischen Kulturgutes ebenso wie auf mehr Bürgernähe durch Parteien und öffentliche Einrichtungen.

10/1990 **Die Kandidaten der Bayernpartei<sup>37</sup>** - Murnau - Die Bayernpartei hat den Krankenpfleger Robert Frey (25) aus Murnau zum Direktkandidaten für den Bezirkstag nominiert. Um ein Landtagsmandat bewirbt sich Sebastian Feichtmeir, Oberverwaltungsamtsrat a. D. aus

---

<sup>36</sup> KB 10.10.1986

<sup>37</sup> GPT 10.10.1990

Bad Heilbrunn. Ihr Hauptanliegen: Freiheit und Eigenständigkeit Bayerns nach der Wiedervereinigung mit Nachdruck zu vertreten

08/1992 »**Das Bayern der CSU ist ein künstliches Plastik-Bayern**«<sup>38</sup> - **KREISBOTE-Interview mit Hubert Dorn, Landesvorsitzender der BAYERNPARTEI - Von BERTHOLD DÜCKER** - Die großen Parteien stecken in einer schweren Krise. Das belegen nicht nur die immer dramatischer ausfallenden Meinungsumfragen. Scharenweise laufen die Wählerinnen und Wähler davon. Die kleine BAYERNPARTEI (BP) glaubt, von diesem Frust im Volk zu profitieren. Mit ungewöhnlich scharfen Worten attackierte jetzt BP-Landesvorsitzender Hubert Dorn (36) z. B. die CSU und warf der bayerischen Regierungspartei in einem Interview mit dem KREIS-BOTEN „Totalversagen“ vor.

KREISBOTE: Herr Dorn, an Ihren Auftritten, Sprüchen und Aktionen gemessen entsteht leicht der Eindruck, Ihre BAYERNPARTEI sei ein ernstzunehmender Machtfaktor im Freistaat, als hätten Sie ganz Bayern hinter sich. Wie stark ist die BAYERNPARTEI denn nun wirklich? Wie viele Mitglieder haben Sie. wie sieht die Mitgliederentwicklung tatsächlich aus?

DORN: Wenn die BAYERNPARTEI noch kein Machtfaktor ist, ist sie jedenfalls gerade im Begriff, einer zu werden. Starke Gewinne bei den letzten Wahlen, Gemeindeergebnisse über 20 Prozent, Abgeordnete im Bezirkstag und in zahlreichen Kreistagen und Gemeinderäten sind nur die ersten Anzeichen für ein politisches „Comeback“ der BAYERNPARTEI. Entsprechend läuft auch die Mitgliederentwicklung: Während bei den Großparteien die Tendenz, vorsichtig gesagt, deutlich nach unten geht, hat die BAYERNPARTEI bei derzeit rund 4000 Mitgliedern monatlich etwa 50 Neueintritte - und dabei hauptsächlich junge Menschen. Gerade im westlichen Oberbayern ist der Zulauf besonders spürbar - die neugegründeten Kreisverbände Landsberg, Weilheim und Bad Tölz sind die sichtbare Folge davon. ... Der Bauer, der dank der Effizienz der Bonner Agrarpolitik seinen Hof nicht mehr bewirtschaften kann; der bayerische Abiturient, der mit dem Zentralabitur die schwerste Abschlussprüfung in der Bundesrepublik gemacht hat und an der Münchner Universität keinen Studienplatz bekommt, weil diese von Sachsen, Hessen und anderen Norddeutschen belegt sind. Dies sind nur ein paar Beispiele, aber sie zeigen doch: Die Kopie hat ausgedient, es ist Zeit für das Original - die CSU ist out, es ist Zeit für die BAYERNPARTEI

Kreisbote: ... BAYERNPARTEI zu Europa? Was passt Ihnen nicht am Einigungsprozess, wie weit würden Sie äußerstenfalls gehen, wenn Sie das neue Europa gestalten dürften?

DORN: Ich bin heute noch von der ursprünglichen Idee eines vereinigten „Europa der Regionen“ überzeugt. Ich will aber nicht verhehlen, dass das Europa, so wie es heute gerade

---

<sup>38</sup> KB 19.08.1992

durch Maastricht entsteht, diesen guten Namen nicht verdient. Das wird eine zentralistische Käseglocke, eine Beamtenregatta und Bürokratenorgie, die nur dazu neigt, jede regionale Eigenheit plattzumachen und jedes gewachsene Eigenleben zu ersticken. Bezeichnend, dass Bayern in diesem Europa als „Gliedstaat dritter Ordnung“ rangiert, dass der Ausschuss der Regionen nicht einmal ein Abstimmungsrecht, geschweige denn irgendeine Entscheidungskompetenz besitzt! Wir stellen uns ein echtes Europa der Regionen vor, das Außen-, Sicherheits- und Finanzpolitik gemeinsam regelt, in dem aber die Völker Europas ansonsten ihre Geschicke weitgehend selbst bestimmen, in dem die Schotten und Bretonen, die Elsässer und Basken genauso ihren Platz finden wie die Südtiroler und eben die Bayern.

KREISBOTE: Hier und da arbeitet die konservative BAYERNPARTEI auf kommunaler Ebene sogar mit den eher progressiven Grünen zusammen. Wie geht denn das?

DORN: Auf Gemeinde- und Kreisebene bieten sich in Bereichen des Heimat- und Naturschutzes, in der Baulandausweisung für Einheimische oder auch in der Abfallverwertung tatsächlich manchmal Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Grünen, und ich freue mich auch darüber, wenn auf solchem Wege etwas für die Erhaltung unserer Heimat herauskommt. Aber man soll da auch nicht zu euphorisch sein: Die „Grünen“ sind eine sehr buntschillernde Truppe, und was im Chiemgau mit Sepp Daxenberger oder Hias Kreuzeder ganz gut klappt, geht auf Landes- und Bundesebene mit radikalen Feministinnen, notorischen Systemveränderern oder blauäugigen Asylantenfans und Anhängern der multikulturellen Gesellschaft bestimmt nicht.

KREISBOTE: Und wie steht's diesbezüglich mit den rechtsextremen Republikanern? Gibt es da Kontakte? Würden Sie mit den „Reps“ wie auch immer gestaltete Verbindungen eingehen?

DORN: Seine Rechtsaußen-Funktionäre und seinen ewiggestrigen deutschnationalen Bodensatz kann der Schönhuber gerne behalten, und hier gibt es auch keine Kontakte zwischen uns. Die demokratischen Protestwähler eher, die Angst haben vor dem Einheitsbazill Europa und der zunehmenden Überfremdung und die bisher dem Schönhuber auf den Leim gegangen sind, die werden wir bis zur nächsten Wahl so informieren, dass auch sie erkennen: Die „Reps“ sind die Partei von gestern - und die BAYERNPARTEI ihre eigentliche Interessenvertretung für morgen.

KREISBOTE: Man sagt der BAYERN-PARTEI gerne Fremden- und vor allem „Preußenhass“ nach. Was ist dran? Wie kommen solche „Markenzeichen“ in Umlauf?

DORN: Man muss hier zwei Dinge sehen: Bei aller Gastfreundschaft und Weltoffenheit hat der anhaltende hohe Zuzug aus den anderen Bundesländern zumindest in den Städten, aber auch schon auf dem Land eine Situation geschaffen, wo die eigene Kultur und Identität ver-

wässert und zum Teil spürbar bedroht ist. Die Streitereien um das Läuten von Kirchenglocken oder das Gockelkrähen mögen hier als Beispiel genügen. Hier gehört gebremst, und das von uns sehr geförderte Weilheimer „Einheimischen-Modell“ bei der Baulandausweisung ist da auch ein Schritt in die richtige Richtung. Ich könnte mir vorstellen, dass auch in den Städten zukünftig die Vergabe der Sozialwohnungen vorrangig an Einheimische erfolgt und so der Zuzugsdruck doch kanalisiert werden kann. Darüber hinaus ist das für mich eine Frage der Gesinnung: Wenn jemand aus Norddeutschland sich hier integrieren will, dann ist der gern gesehen. Was wir nicht schätzen, sind Leute, die gar nicht daran denken, die Kultur und Identität der Einheimischen ernst zu nehmen und sich hier auch einzufügen.

KREISBOTE: Wie stehen Sie denn nun zur Monarchie? Ruft die BAYERNPARTei wirklich wieder - wie Herr Lohmeier - nach einem neuen „Kini“?

DORN: Auch eines der vielen falschen Klischees über die BAYERNPARTei. Meiner Meinung nach sollte man mit dem Thema Monarchie ein bisschen sensibler umgehen als der Herr Lohmeier, dafür haben die Wittelsbacher in ihrer 700jährigen Regierungszeit zu viel für Bayern geleistet, als dass man sie heute durch Gammeldorfer Bierzelte ziehen sollte. Politisch halte ich die Wiedereinführung der Monarchie für ein heute überflüssiges Thema. Wir haben ganz andere Probleme: Mit einer modernen, regionalistischen Politik die Eigenstaatlichkeit Bayerns auch für die Zukunft zu sichern.

KREISBOTE: Herr Dorn, wir danken Ihnen für dieses Interview!

06/1998 **Bayernpartei nominiert Konrad - Kandidat für Bundestagswahl**<sup>39</sup> - Landsberg/GAP (eb) - Bei der Nominierungsversammlung des Bezirksverbandes Oberbayern der Bayernpartei wählten die Mitglieder für die Landkreise Landsberg, Weilheim und Garmisch-Partenkirchen Eduard Konrad als Direktkandidaten für die Bundestagswahl 1998. Der 33jährige Familienvater aus Schwabhausen ist seit sieben Jahren Mitglied der Bayernpartei. Konrad will sich verstärkt für eine „bürgernahe Politik“ einsetzen. Dem Mittelstand, der die meisten Steuern zahle, müsse wieder ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden. Des Weiteren hätten die Politiker die Vorbildfunktion missbraucht. Zudem sprach er den etablierten Parteien den echten Willen zum Sparen ab.

„Bundeskanzler Kohl will als großer Europäer in die Geschichte eingehen und vernachlässigt dabei die deutschen Belange“, begründete Pius Abendthum, der stellvertretende Bezirksvorsitzende, die dritte Teilnahme der Bayernpartei an einer Bundestagswahl.

---

<sup>39</sup> GPT 13.06.1998

09/2003 **Bayernpartei: Kreisverband vor Gründung**<sup>40</sup> - Mittenwald - Die Bayernpartei (BP) ist ihrer Zeit voraus: Drei Wochen vor der Landtagswahl trafen sich einige Vertreter der konservativen Partei am Freitagabend zu Strategiegesprächen in Mittenwald. Dabei ging es jedoch nicht um das bevorstehende Votum im Freistaat, sondern vornehmlich um die Europawahlen, die voraussichtlich am 13. Juni 2004 über die Bühne gehen werden.

An dem Treffen im Oberen Isartal haben auch ehemalige Mitglieder vom inzwischen aufgelösten Bund freier Bürger (BFB), einer rechtskonservativen Abspaltung der FDP, teilgenommen. Sechs einstige BFB-Mitglieder aus dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen beantragten mittlerweile die Aufnahme in die Bayernpartei. Laut Pressesprecher des BP-Bezirksverbands Oberbayern, Michael Krämer, plant man nun sogar im Herbst die Gründung eines eigenen Kreisverbandes.

09/2003 **Mit 25 PS durch den Wahlkreis**<sup>41</sup> - Eine Spritztour mit Kandidaten der Bayernpartei - Auf einem Deutz-Schlepper von 1962 rattert Goddert Peters mit 25 PS durch die Gegend. Ein zwei Meter hohes Plakat mit Riesen-Lettern hat er auf dem Hänger: „Wenn schon sparen, dann aber richtig: Sparen Sie sich Deutschland.“ Dahinter lenkt Stefan Rührgartner einen Mercedes-Unimog von 1957. „Man muss Aufmerksamkeit erregen“, meint der 31-jährige Bezirkstags-Direktkandidat der Bayernpartei. Mit Kreisrat Georg Strobl (56), der auf Listenplatz drei für den Bezirkstag antritt, begleitet er den Landtags-Direktkandidaten der Bayernpartei auf seiner Wahlkampftour. Peters ehrgeiziges Ziel: „Sukzessive den ganzen Wahlkreis abfahren, bis Garmisch-Partenkirchen, Grainau und Kochel.“

Zunächst ist der Deininger Peters (58), selbstständiger Ingenieur für Maschinenbau, Flugzeugbau und Umwelttechnik sowie Vater von vier Kindern, in Wolfratshausen unterwegs.

04/2005 **Leichtgewicht formiert sich zum Kreisverband**<sup>42</sup> - „Bayernpartei“ will Fuß fassen – Sie gelten als „königstreu“ - und überhaupt fehlt der „Bayernpartei“ heute die Anerkennung als ernsthafte politische Kraft: „Natürlich werden wir belächelt“, sagt Landesgeschäftsführer Hans Eberle. Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen erfährt die Gruppierung indes Zulauf, wenn auch auf niedrigem Niveau. Im vergangenen halben Jahr verzeichnete Eberle rund 15 Neueintritte. Nun macht die „Bayernpartei“ Nägel mit Köpfen: Sie gründet am Samstag, 16.

---

<sup>40</sup> GPT 01.09.2003

<sup>41</sup> GPT 09.09.2003

<sup>42</sup> GPT 15.04.2005

April (20 Uhr, Gasthaus „Zur Brücke“ in Eschenlohe), einen Kreis- sowie für Oberau und Eschenlohe jeweils einen Ortsverband.

Aus diesen Gemeinden stammt das Gros der Neuzugänge. „Sie traten ein, ohne dass wir Werbung machten“, sagt Eberle. „Das muss mit der politischen Situation zu tun haben.“ Damit stieg die Zahl der Mitglieder im Kreis auf rund 20. Die Parteianhänger stimmten in einem Vorgespräch mit dem Bezirksvorsitzenden Franz-Xaver Hofmann für die Gründung der Verbände.

Dabei stellt die Bayernpartei, die ihre Hoch-Zeit im Freistaat etwa von 1948 bis 1966 erlebte, heute ein politisches Leichtgewicht im Kreis dar, sie fristet das Dasein eines krassen Außenseiters. Bei den vergangenen Wahlen musste sie sich nach Angaben aus dem Landratsamt mit Ergebnissen zwischen 0,65 Prozent (Bundestagswahl 2002) und 1,24 Prozent (Europawahl 2004) begnügen. Insgesamt verfügt die „Bayernpartei“ über rund 30 Kreisverbände und etwa 3500 Mitglieder. Ihre Hochburg: vor allem Niederbayern; Diaspora: Franken.

Doch nicht nur dort trifft die Gruppierung auf Skepsis, wird belächelt. „Das hat in erster Linie mit unserem Separatismus zu tun“, sagt Eberle. Die Partei strebt danach, Bayern als souveränen Staat in Europa zu verankern, es vom Bund loszulösen. „Wir meinen das ernst“, beeilt sich Eberle zu betonen. Er charakterisiert die weiß-blau-konservative Partei als jene der „kleinen Leute, heimatverbunden und sehr sozial eingestellt“.

Und, wie Eberle erklärt, keinesfalls „königstreu“ - auch wenn Mitglieder jedes Jahr bei der Schachenmesse zum Namens- und Geburtstag von Ludwig II. dem „Kini“ mit Fahne huldigen.

04/2005 **„Das Land in Grund und Boden gewirtschaftet“<sup>43</sup> - Bayernpartei gründet Verband** - Die Zeiten, in denen die Bayernpartei Bürgermeister oder sogar einen Landrat im Landkreis Garmisch-Partenkirchen stellte, sind längst Geschichte. Doch nun regt sich neues Leben: Am Samstag wurde in Eschenlohe ein Kreisverband sowie je ein Ortsverband für Eschenlohe und Oberau ins Leben gerufen. Zum Kreisvorsitzenden wurde der Oberammergauer Robert Kramer bestimmt. Wie bereits berichtet, konnte die Bayernpartei in der jüngsten Zeit rund 15 Neuzugänge im Kreis verzeichnen.

Kramer, 33 Jahre alt und Müllfachentsorger von Beruf, trat vergangenes Jahr bei. Grund sei die Enttäuschung über die Politik der etablierten Parteien gewesen, welche nichts zu Wege brächten, vor allem die CSU. „Es geht um die bayerischen Interessen“, betont der Eschenloher Ortsvorsitzende Heinz Wörner. Der 29-jährige Fuhrunternehmer schätzt das Potential

---

<sup>43</sup> GPT 18.04.2005

der konservativen Partei im Landkreis als „ziemlich hoch“ ein. Es gebe allerdings viel Skepsis und Vorurteile, etwa, dass die Partei „königstreu und rechtsradikal“ sei - was nicht stimme, denn sie sei demokratisch.

Das mag man so sehen. Sie ist jedenfalls auch separatistisch, strebt sie doch an, Bayern vom Bund abzutrennen. Eschenlohe war in den 1960er Jahren eine Hochburg der Bayernpartei gewesen. Aus der überschaubaren Gruppe der rund 20 Mitglieder wurden neben Kramer in den Kreisvorstand gewählt: Stellvertreter Thomas Riedl (Oberau), Schatzmeister Markus Spannring (Eschenlohe) und Schriftführer Martin Daisenberger (Oberau). Als Beisitzer wirken Thomas Samm und Sebastian Moser (Uffing). Für den Oberauer Ortsverband gibt es bis dato lediglich eine kommissarische Vorstandschaft mit Riedl als Ersten Vorsitzenden und Daisenberger als Zweiten Vorsitzenden.

Laut Generalsekretär Hubert Dom soll dort in absehbarer Zeit eine Gründungsversammlung einberufen werden. Der Bezirksrat a.D. ließ es nicht an markigen Worten fehlen und wettete lautstark gegen die etablierten Parteien, die „das Land in den vergangenen 30 Jahren in Grund und Boden gewirtschaftet“ hätten. Obwohl die CSU auch eine konservative Partei sei, vermisse er bei den Christsozialen Ehrlichkeit und Sauberkeit. „Es gibt eine Alternative zur CSU und zu ihrem Landrat Kühn“, ließ Dorn im „Brückenwirt“ wissen. Und er hoffe, dass die Bayernpartei im nächsten Kreistag von Garmisch-Partenkirchen sitzen werde. „In drei Jahren werden wir unter den Siegern sein“, tönte er.

07/2005 **Bayernpartei will gegen 1-Euro-Jobs kämpfen**<sup>44</sup> - Pauli Doll zum Direktkandidaten gekürt - Bei der wohl bevorstehenden Bundestagswahl tritt die Bayernpartei wieder mit einem Direktkandidaten an. Der Bahnbeamte Pauli Doll aus Egling an der Paar wurde von den Kreisverbänden Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau und Landsberg einstimmig nominiert.

In seiner Antrittsrede trat der 49-Jährige für einen absoluten Sparkurs in Berlin ein. Dass der Schuldenberg diese Höhe erreicht habe, sei aber nicht nur der rot-grünen Regierung anzulasten, sondern auch deren Vorgängern CDU und CSU.

Doll stellt sich als strikten Gegner der „1 Euro-Jobs“ dar. „Die gehören abgeschafft, denn durch deren Missbrauch gehen einheimischen Betrieben viele Aufträge verloren“, begründete er seine Ansicht.

Doll möchte sich auch dafür einsetzen, dass öffentliche Bauvorhaben erst ab einer Summe von 500 000 Euro - anstatt wie bisher 20 000 Euro - europaweit ausgeschrieben werden

---

<sup>44</sup> GPT 14.07.2005

müssen. Im Falle von Regressansprüchen sei es einfacher, wieder an sein Geld zu kommen, argumentierte der frisch gewählte Kandidat.

11/2007 **Gemeinderäte wechseln zur Bayernpartei**<sup>45</sup> - Baudrexl und Pfeiffer kehren CSU den Rücken - Schwarzer Block zerbröselt - Jetzt acht Gruppierungen im Parlament - Der schwarze Block im Ortsparlament zerbröselt immer mehr. Inzwischen haben der CSU-Fraktion zwei weitere Gemeinderäte den Rücken gekehrt. So sitzen Klement Baudrexl und Franz Pfeiffer künftig für die Bayernpartei (BP) im Rathaus. „Wir sind beide Mitglieder geworden“, bestätigte Baudrexl gestern im Tagblatt-Gespräch. Pfeiffer war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Zuvor waren der Union bereits die Gemeinderäte Franz Wörmann und Daniela Bittner von der Fahne gegangen (wir berichteten). Die beiden wollen bei der Kommunalwahl auf der Liste des Christlich Sozialen Bündnisses (CSB) kandidieren. Diese Organisation hatte Thomas Schmid ins Leben gerufen, nachdem er von der CSU entmachtet und nicht mehr als Bürgermeisterkandidat nominiert worden war.

Mit der Bayernpartei ist nun schon die achte politische Gruppierung im Gemeinderat vertreten - außerdem CSU, CSB, SPD, Freie Wähler, Grüne, ÖDP und Unabhängige Soziale Demokraten (USD).

Ob sich die schwarzen Rebellen Baudrexl und Pfeiffer am 2. März erneut zur Wahl stellen, ließen sie offen. „Momentan ist es noch zu früh, um dazu etwas zu sagen. Möglich ist alles. Wir werden uns zusammensetzen und in Ruhe darüber reden“, erörterte Baudrexl. Schließlich gebe es auch gar keinen Grund zur Eile. „Der Wahlkampf geht erst im Januar so richtig los. Bis dahin ist noch Zeit“, sagte der Architekt. Eine Vorentscheidung bezüglich der Gemeinderats-Kandidatur werde allerdings innerhalb der nächsten zwei Wochen fallen.

Die Bayernpartei hat eine bewegte Geschichte. Von 1950 bis 1959 war sie nach der CSU und der SPD die drittstärkste politische Kraft im Freistaat, sie stellte zwischenzeitlich zwei Minister und mit Josef Baumgartner sogar den stellvertretenden Regierungschef (1954 bis 1957). Auch auf nationalem politischem Parkett bewegte sich die Regionalpartei, saß von 1949 bis 1953 mit 17 Abgeordneten im Bundestag.

Doch diese Glanzzeiten sind inzwischen längst verblichen. Heute fristet die BP eher das Dasein einer Splittergruppe. Nach eigenen Angaben zählt sie 3500 Mitglieder und stellt 15 Volksvertreter in sieben Stadt- und Landkreisen. Außerdem verzeichnet sie einige Gemeinderäte.

---

<sup>45</sup> GPT 21.11.2007



12/2007 **Baudrexl und Pfeiffer beleben Bayernpartei wieder**<sup>46</sup> - Die neue Listenvielfalt in Garmisch-Partenkirchen erinnert fast an Oberammergauer Verhältnisse, wo der Wähler die Wahl hat zwischen acht Gruppierungen. Durch die Wiederbelebung der Bayernpartei stehen beim Urnengang im März 2008 in der Marktgemeinde bisher sieben Listen zur Verfügung. Für Klement Baudrexl, frisch gekürter Vorsitzender der Bayernpartei und ehemals CSU-Gemeinderat, „ist es eine Leistung, dass wir eine kleine, aber feine Liste zusammengebracht haben“. Seine neun Mitstreiter, die sich mit ihm zusammen um ein politisches Amt bewerben, bilden für den Architekt „einen repräsentativen Querschnitt durch den Mittelstand des Ortes und die Altersstruktur“.

Den Mitgliedern des Ortsverbandes steht nun jede Menge Arbeit bevor, gilt es doch, ein Programm für die Kommunalwahl aufzustellen. Baudrexl und Franz Pfeiffer, die beide noch im Gemeinderat vertreten sind, aber inzwischen der Union den Rücken gekehrt haben, haben genug „vom Zirkus, den die CSU und große Parteien überhaupt veranstalten. Das schürt Verdrossenheit.“ Diese Fehler wollen sie mit der Bayernpartei nicht machen und hoffen vielmehr, noch mehr junge Leute und möglichst auch Frauen - „schade, dass noch keine dabei sind“ - motivieren, sich für ihre Ziele zu engagieren.

#### 2008 **Wahlkampflogans Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl Josef Grasegger 2008:**

„Erst erwirtschaften dann ausgeben  
Heimische Investoren fördern  
Einheimische zum Zug kommen lassen  
Erhalt und Förderung der Landwirtschaft.“

12/2007 **Fünfter Bewerber ums Bürgermeisteramt**<sup>47</sup> - **Bayernpartei schickt Andreas Grasegger** (52) aus Partenkirchen ins Rennen - 20 Kandidaten für den Kreistag nominiert – Nach Max Wank (CSU), Thomas Schmid (CSB), Dr. Sigrid Meierhofer (SPD) Und Franz Grabo (Freie Wähler) gibt es in Garmisch-Partenkirchen jetzt mit Andreas Grasegger einen fünften Bürgermeister-Kandidaten. Aufgestellt hat den Ur-Partenkirchner Zimmerermeister (vulgo Siaß'n Anda) eine Partei, die man längst verschwunden gewähnt hatte, nämlich die Bayernpartei. Wie berichtet, hat sie jüngst wieder einen Ortsverband ins Leben gerufen, der

---

<sup>46</sup> GPT 11.12.2007

<sup>47</sup> GPT 28.12.2007

unter dem Vorsitz von Klement Baudrexl 14 Mitglieder zählt und bereits Gemeinderats-Kandidaten gekürt hat.

„Wir sind eine Partei für Bayern und für den Mittelstand“, sagte Baudrexl mit energischer Stimme vor etwa 30 Männern im Saal des „Werdenfelser Hofes“. Florian Weber, der eigens aus München angereiste Landesvorsitzende, ergänzte: „Wir sind eine Partei, die ein starkes und selbstständiges Bayern in Europa fordert, den Mittelstand wieder stärken und Schluss machen will mit der selbtherrlichen Diplomatie der Brüsseler Kommissare.“

Doch Schriftführer Hans Renner, einst 18 Jahre CSU-Gemeinderat, beendete die Wahlkampfreden sehr schnell mit dem Hinweis, dass die Bürgermeister-Kür Thema des Abends sei: „Wir haben den Anda als Bürgermeisterkandidat ins Auge gefasst und jetzt ist er etwas zögerlich.“ Das begründete der 52-Jährige, der zudem Vorsitzender der Musikkapelle Partenkirchen ist, mit starker musikalischer und beruflicher Beanspruchung. Auch sei er plötzlich nicht mehr besonders von einer Kandidatur angetan. „Die Wahrscheinlichkeit, dass Du Bürgermoasta werst“, beruhigte ihn Renner, „ist nicht sehr hoch, und beim Wahlkampf werden wir Dir engagiert zur Hand gehen. Eigentlich musst Du nur bei einer größeren Wahlkampfveranstaltung mitmachen.“

Die Kosten seien auch zu bewältigen. Renner schätzt sie auf 2000 bis 3000 Euro, und der zeitliche Aufwand einer Bürgermeister-Kandidatur sei kaum höher als jene für den Gemeinderat. „Und des, was der Herr Beyschlag vor fünf Jahr' für die SPD derwischt hat, wirst Du wahrscheinlich auch zusammenbringen“ (Heinz Beyschlag erhielt seinerzeit 12,1 Prozent der Stimmen, die Red.).

Geschäftig eilte plötzlich Gemeinderat Dr. Klaus Jacobitz in den Saal, früher bei der FDP, bislang bei den Grünen und, wie er stolz vermeldete, „seit 10. Dezember Mitglied der Bayernpartei und gleichzeitiger Austritt bei den Grünen“. Der Allgemeinarzt teilte mit: „Wir brauchen einen wachsam Menschen wie Herrn Grasegger. Fassen Sie Mut, es geht nicht anders, einer muss antreten“. Derart ermutigt ließ sich der Partenkirchner nunmehr in geheimer Abstimmung wählen: 13 der 14 Stimmen entfielen bei einer Enthaltung auf ihn.

Eine Hürde ist freilich noch zu nehmen: „Wir brauchen noch rund 200 Unterschriften“, erklärte Baudrexl, „das schaffen wir.“ Das Wahlgesetz verlangt nämlich für Parteien und Organisationen, die noch nicht im Landtag vertreten sind, für eine Gemeinde wie Garmisch-Partenkirchen 190 sogenannte „Unterstützungsunterschriften“, für eine Kreistagsliste sogar 340. Letztere wird die Bayernpartei auch noch benötigen, schließlich stellte man, nachdem noch ein paar Mitglieder der Oberauer und Eschenloher Ortsverbände gekommen waren, gleich eine Liste mit 20 Kreistags-Kandidaten auf.

Die Kreistagskandidaten:

1. Klement Baudrexl (Garmisch-Partenkirchen), 2. Beppo Geiger (Eschenlohe), 3. Hansjörg Barth (GAP), 4. Thomas Riedl (Oberau), 5. Franz Pfeiffer (GAP), 6. Josef Pfeiffer (Krün), 7. Dr. Klaus Jacobitz (GAP), 8. Heinz Wörner (Eschenlohe), 9. Martin Daisenberger (Oberau), 10. Hubert Filser (GAP), 11. Hans Wolf (Eschenlohe), 12. Toni Zwinger (GAP), 13. Thomas Samm (Eschenlohe), 14. Franz Loichinger, 15. Matthias Maag, 16. Josef Ostler, 17. Ernest Tänzer, 18. Volker Thieme, 19. Bernhard Kistler und 20. Andreas Grasegger alle aus GAP).

Gewählt:

Die Vorstandschaft: Klement Baudrexl (Erster Vorsitzender), Josef Ostler jun. und Andreas Grasegger (Stellvertreter), Hans Renner (Schriftführer) sowie Franz Loichinger (Kassier).

Die Gemeinderats-Kandidaten: Klement Baudrexl, Franz Pfeiffer, Andreas Grasegger, Josef Ostler jun., Hubert Filser, Johann Maurer, Anton Zwinger, Franz Loichinger, Josef Sebrich und Hansjörg Barth; Ersatzleute: Bernhard Kistler und Ernest Tänzer.

08/2008 **Nach 37 Jahren CSU zur Bayernpartei<sup>48</sup>** - Er ist eigentlich überhaupt kein politischer Mensch, und als er vor ein paar Monaten zum Landtagskandidaten aufgestellt wurde, „war kein anderer da, dann hab' ich es halt gemacht“. Doch jetzt nimmt Hansjörg Barth von der Bayernpartei seine Nebenrolle sehr ernst.

Sein Job als höchster Wirt der Republik beschäftigt ihn genug: Doch nun ist der Chef im „Münchner Haus“ auf der Zugspitze auch der Landtags-Direktkandidat der Bayernpartei für den Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen/Bad Tölz-Wolfratshausen.

Und der 60-Jährige, der sonst stets für jede Gaudi zu haben ist, erklärt selbstbewusst und ohne jeden Scherz: „Gebt Eure Stimme der Bayernpartei, denn nur mit uns hat Bayern eine bairische Zukunft.“

Das sagt schon deshalb was, weil Barth immerhin 37 Jahre lang der CSU angehört und erst im vergangenen Jahr gekündigt hat, nachdem seine Partenkirchner Parteifreunde mit ihrem Bürgermeisterkandidaten Wolfgang Bauer „recht schofel“ umgegangen waren. „Trotz aller Zusagen ham's ihm nur 27 Stimmen gegeben, da hat's mir g'langt.“ Prompt trat er der Bayernpartei bei und wurde bei der Kommunalwahl sofort Kreisrat: „Im Krankenhausausschuss bin ich da auch, das ist zweckmäßig in meinem Alter“, scherzt er.

Von der Politik wollte er früher nie was wissen und von der Gastronomie auch nicht: Barth lernte zunächst Bau- und Kunstschlosser, legte, sehr begabt, 1969 in Stuttgart die Meisterprüfung ab und machte sich selbstständig. Doch dann kam für ihn der Einstieg in den Wirts-

---

<sup>48</sup> GPT 28.08.2008

beruf: Ende der 70er Jahre übernahm er das Gasthaus „Schalmei“, und kaum hatte er es zwei Jahre, ging's auch schon auf die Zugspitze: Bruder Anselm, der das Münchner Haus gepachtet hatte, musste krankheitsbedingt aufhören.

Da stieg der Hansjörg 1982 ein, nachdem schon Vater und Großvater dort seit 1923 Pächter gewesen waren. Seither ist er zusammen mit Ehefrau Andrea höchst erfolgreicher Wirt in dem 1897 erbauten Gasthaus. Nur einmal traf ihn das Schicksal hart: Eines seiner drei Kinder, Sohn Hansjörg aus erster Ehe, kam 2003 durch Totschlag ums Leben: „Das hab' ich bis heute nicht überwunden.“

Ganz privat ist Barth ein begnadeter Sammler: Er hat eine umfangreiche Kollektion alter Leica-Fotoapparate, er besitzt ein paar Oldtimer-Autos (MG und DKW) und nicht zuletzt Berggemälde der bekannten Maler Rudolf Reschreiter und Ernst Platz. Obendrein malt er selbst Bergbilder und ist begeisterter Fotograf. In der knappen Freizeit spielt er Golf und im Winter, wenn das Münchner Haus geschlossen ist, geht er Skitouren.

Drei Wahlkampfveranstaltungen hat Barth übrigens geplant: „In Garmisch-Partenkirchen natürlich, aber auch in Wolfratshausen und Bad Tölz, am liebsten auf Stammtisch-Basis.“ Da will er dann mitteilen, dass ihm vor allem nicht passt, wie der Staat den Bürgern heute alles bis ins Detail vorschreibt, beginnend bei der Regelungswut der Bürokraten bis hin zum Nichtraucherschutz in Bayern. Der heimischen Landwirtschaft will er durch gezielte Förderung von Familienbetrieben bessere Chancen verschaffen. Und ein besonderes Anliegen ist ihm „die Familie im herkömmlichen Sinne: Wir fordern die Einführung eines Familiengelds statt des staatlichen Betreuungswahns. Unsere Kinder sollen von den Eltern erzogen werden und nicht von Staatsbediensteten“. Zudem müsse die Hauptschule aufgewertet werden, Handwerk und Mittelstand müssten Säulen der Wirtschaft bleiben, die Nebenleistung der Rentner sei finanziell besser zu würdigen.

2008 **Einer, der seine Meinung geradeheraus sagt**<sup>49</sup> - **Hansjörg Barth (61)** von der Bayernpartei kandidiert - Bereits Mitglied im Kreistag - Hansjörg Barth könnte es so schön haben: als Wirt des Münchner Hauses auf der Zugspitze, weit weg von den Problemen im Tal. Aber genau diesen will sich der 61-Jährige stellen. Das Mitglied der Bayernpartei kandidiert auf Listenplatz fünf für die Europa-wahlen am 7. Juni.

Brüssel und seine Politik - für manche scheinen sie weit weg zu sein. Nicht so für Barth. „Ich will einen Überwachungsstaat verhindern, die Privatsphäre darf nicht verletzt werden“, betont der Garmisch-Partenkirchner. „Es kann doch nicht sein, dass überall Kameras aufgehängt werden.“ Auch der Speicherung von biometrischen Daten, etwa Fingerabdrücken, steht er

---

<sup>49</sup> GPT 00.00.2008

kritisch gegenüber. Unterstützung für den Mittelstand, Tierschutz - gerade bei Lebendtransporten quer durch Europa -, Hilfe für Landwirte: Barth hat zu allem seine Meinung, die er vehement vertritt.

Was eine seiner großen Stärken, aber auch eine seiner Schwächen ist: „Ich sage geradeheraus, was ich denke“, erklärt er. „Das ist aber nicht immer gerne gesehen“ - und manchmal vielleicht etwas undiplomatisch. „Aber so bin ich halt.“ Das bekommen auch seine Kollegen im Kreistag zu spüren. Barth gehört zum Rechnungsprüfungs- und Klinikumsausschuss.

Nun strebt er das nächste politische Amt an. Auf die Unterstützung seiner Familie kann sich Barth auf alle Fälle verlassen: Seine Andrea (50) und die Kinder Toni (23) und Theresa (17) stehen hinter ihm. „Meine Frau hat gelacht, als sie erfahren hat, dass ich mich für diese Wahl aufstellen lasse“, erinnert sich der Familienvater. Da muss auch er ein wenig schmunzeln. Doch seine Kandidatur, die nimmt er durchaus ernst. - Landtagskandidatur?

04/2009 **Scharfe Kritik am Vorgehen des CSB<sup>50</sup> - Bayernpartei: Bilanz nach einem Jahr** - Deutliche Worte fand Andreas Grasegger, Gemeinderat der Bayernpartei, für das Verhalten des CSB. Bei einer Versammlung im Werdenfelser Hof blickte er auf ein Jahr Arbeit im Gemeinderat zurück und warf den CSB-Vertretern im Gremium „fehlendes grundsätzliches Demokratieverständnis“ vor: Bei verschiedener Meinung werde sich nicht mit anderen Ansichten auseinandergesetzt. Weitaus besser sei die Zusammenarbeit mit allen anderen Fraktionen und Gruppierungen, insbesondere der FDP, betonte Grasegger.

Den kritischen Äußerungen schloss sich Kreisrat Hansjörg Barth an. Als „befremdlich“ bezeichnete er das Verhalten des CSB und von Bürgermeister Thomas Schmid in Bezug auf den Schlachthof. Schmid sprach sich für seine Verlegung in die Loisachauen aus, er habe eine sofortige Baugenehmigung in Aussicht gestellt. Da die Aufstellung eines Bebauungsplanes viel Zeit in Anspruch nehme, habe diese Aussage des Rathauschefs im Gemeinderat für „höchste Verwunderung“ gesorgt.

Bei seiner Bilanz ging Barth auch auf den Neubau des Schlachthofes und des Landratsamtes ein. Er bedauerte, „dass durch den Ankauf des PX-Grundstückes durch den Bauunternehmer Hummel eine Verlegung des Landratsamtes aus rechtlicher Sicht nicht mehr möglich ist.“ Die Mitglieder erörterten an diesem Abend noch einen an die Gemeinde gestellten Antrag, der die Möglichkeit zum Bau eines Fünf-Sterne-Hotels auf dem PX-Gelände prüfen soll. Eine Stellungnahme der Gemeinde gebe es bislang nicht.

---

<sup>50</sup> GPT 15.04.2009

Auch die Debatte um die Werbeschilder im Ortszentrum sprach Grasegger an. Mitarbeiter des Ordnungsamtes hatten in letzter Zeit verstärkt die Einhaltung der Werbeanlagensatzung im Ort kontrolliert. So mussten die Geschäftsleute Aufsteller vor den Läden entfernen. „Eine moderatere Auslegung der Ortssatzung ist dringend notwendig“, bezog Grasegger Stellung. Als Erfolg hingegen bezeichnete er die Maßnahmen zugunsten des Wintersports in der Marktgemeinde. Die neue Beschneiungsanlage an der Kandahar lasse ein deutliches Plus bei den Bergbahnen erwarten.

03/2011 **Bayernpartei hat für die Kommunalwahlen große Ziele**<sup>51</sup> - auch im Kreis - Garmisch-Partenkirchen - Die Bayernpartei (BP) will in der Region mehr politisches Gewicht bekommen. „In drei Jahren sind Kommunalwahlen, und da wollen wir im Rathaus mindestens drei Sitze erringen“, sagte der Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat Andreas Grasegger in der Jahresversammlung des Ortsverbandes im Werdenfelser Hof.

Auch im Kreis will die Partei die Struktur stärken. „Im April werden wir für den Kreisverband Neuwahlen ausschreiben“, versicherte der Bezirksvorsitzende und Generalsekretär der Bayernpartei, Hubert Dorn (München), der mit seinem Stellvertreter Thomas Hummel nach Garmisch-Partenkirchen gekommen war. Obwohl die Partei im Landkreis mit 41 eingetragenen Mitgliedern eine kleinere politische Kraft darstellt, ist sie durch Hansjörg Barth im Kreistag und in den Gemeinderäten von Eschenlohe mit zwei Vertretern sowie Garmisch-Partenkirchen mit einem Mandatsträger präsent.

„Ich bin für Olympia. Doch die nordischen Wettbewerbe gehören nicht nach Schwaiganger, sondern nach Ruhpolding, wo bereits alle Anlagen vorhanden sind“, bekannte Andreas Grasegger. Vor 15 Mitgliedern prangerte er die Schuldenpolitik der Marktgemeinde an. Am Beispiel des Bichlerhofes, für den eine Ausschreibung zur Nutzung als Hotel abgeschlossen ist, machte der Gemeinderat deutlich, dass bei der Vergabe von Gewerbeobjekten heimische Betriebe zumeist das Nachsehen hätten. „Auch Grundstückspreise zwischen 280 und 300 Euro je Quadratmeter für Gewerbeflächen sind für junge Handwerker zu hoch“, schimpfte Grasegger, der sich außerdem für den Erhalt alter Gebäude einsetzt.

„Olympische Spiele bringen uns vorwärts“, sagte Klement Baudrexl. „Wenn wir jedoch gegen Österreich konkurrenzfähig bleiben wollen, brauchen wir auch ein 5-Sterne-Hotel“, forderte der Vorsitzende des BP-Ortsverbandes. Wichtig sei eine schnelle Anbindung durch Straße und Bahn nach München. „Dann werden auch Unternehmen der High-Tech-Branche mit hochwertigen Arbeitsplätzen nach Garmisch-Partenkirchen kommen.“

---

<sup>51</sup> GPT 19.03.2011

02/2012 **Mit neuer Mannschaft in den Wahlkampf**<sup>52</sup> - Die Bayernpartei hat ehrgeizige Ziele für die Kommunalwahl 2014. In Garmisch-Partenkirchen will sie danach zwei Gemeinderäte stellen, im Kreistag ebenfalls zwei Mandatsträger - doppelt so viele wie bisher. Das sei zu schaffen, meint Kreisrat Hansjörg Barth - Kaum zwei Wochen ist es jetzt her, da hat Andreas Grasegger nach 18 Jahren sein Amt als Vorsitzender der Musikkapelle Partenkirchen abgegeben. Am Samstag hat sich der Zimmerermeister eine neue Aufgabe übernommen: Die Mitglieder der Bayernpartei bestimmten ihn zum Vorsitzenden des Ortsverbandes Garmisch-Partenkirchen. Den hat er 2007 mitbegründet, nur ein Jahr danach wurde Grasegger für die Partei bereits in den Gemeinderat gewählt. Der 56-Jährige tritt damit die Nachfolge von Klement Baudrexl an, der sich aus beruflichen Gründen nicht mehr zur Wahl stellte. Zu seinem Stellvertreter wählten die rund 20 der insgesamt 30 Mitglieder im Werdenfelser Hof den Gastwirt Hansjörg Barth. Der war bei der Kommunalwahl 2008 in den Kreistag eingezogen.

Barth hatte vor der Vorstandswahl seine Parteifreunde eindringlich dazu aufgerufen, sich um neue Unterstützer zu bemühen und öfter zu tagen. Mit mehr Mitgliedern, auch mehr Frauen, könne die Bayernpartei die Zahl der Sitze in Gemeinderat und Kreistag verdoppeln; in beiden ist sie bisher mit jeweils einem Mandat vertreten. Barth gab sich kämpferisch und optimistisch: „Bei der Kommunalwahl 2014 wird die CSU mit Frau Koch ohnehin nichts dazugewinnen, auch die SPD nicht, und die Freien haben sich sowieso dem CSB angeschlossen.“ Elisabeth Koch ist die Fraktionsvorsitzende der CSU. Die Partei müsse sich außerdem überlegen, ob sie bei der Wahl mit einem eigenen Bürgermeisterkandidaten antreten wolle, sagte Grasegger. Er hatte sich selbst 2008 für das Amt beworben.

Auf aktuelle Themen aus dem Gemeinderat ging Grasegger ein, der dort mit Ecko Eichler von der FDP eine Fraktionsgemeinschaft bildet. In der Debatte über den Ski-Weltcup müsse es doch möglich sein, „dass sich alle Beteiligten von Gemeinderat, Sport und Zugspitzbahn endlich an einen Tisch setzen, um ein angemessenes Finanzkonzept zu erarbeiten“, meinte er.

Intensiver als bisher müsse sich die Marktgemeinde um die Ansiedlung junger Handwerker kümmern, forderte Grasegger. Er wisse von mindestens zwölf jüngeren Leuten, die Gewerbetriebe kaufen wollten. „Aber bei uns geht nichts unter 230 Euro pro Quadratmeter. In Mittenwald liegt der Preis bei lediglich 180 Euro“, gab der Handwerksmeister zu bedenken.

Kühne Träume hat der neue Ortsvorsitzende für das Kongresszentrum; der Gemeinderat muss heuer die Grundsatz-Entscheidung über die Sanierung des Bestandes oder den Neubau am Olympia-Eissportzentrum treffen. Grasegger schwebt eine Mehrzweckhalle am Eisstadion vor. Mit unterirdischen Kleinkabinen sollen die Leute von dort ins Zentrum befördert

---

<sup>52</sup> GPT 06.02.2012

werden. Klement Baudrexl aber widersprach: Ein Hotel anstelle des Kongresszentrums würde den Michael-Ende-Kurpark zum Hotelgarten machen, machte er deutlich.

Der Bezirksvorsitzende Hubert Dorn sprach sich in seinem Grußwort vehement gegen „Rettungsschirme“ für andere Staaten der Europäischen Union aus. „Wir müssen deutlicher als bisher darauf hinweisen, dass mit den zunehmenden Belastungen Deutschlands und damit auch Bayerns nicht mittelfristig am Wohlstand unserer Bevölkerung gekratzt wird.“

Der Vorstand: Vorsitzender: Andreas Grasegger; Zweiter Vorsitzender: Hansjörg Barth; Schriftführer: Hans Renner; Kassier: Peter Steger; Beisitzer: Hans Leistl, Dr. Klaus Jacobitz, Franz Pfeiffer, Rudi Lindl und Anton Zwinger.

09/2012 **Das Ziel sind die fünf Prozent<sup>53</sup> - Bayernpartei kürt Kandidaten für Landtags- und Bezirkstagswahl:** Hans Leistl und Hansjörg Barth sollen 2013 viele Stimmen bringen - Garmisch-Partenkirchen - Ihre Leidenschaft sind Oldtimer. Sie setzen sich für Traditionen und bayerische Werte ein und engagieren sich seit vielen Jahren in der Politik. Diese Kombination hat den Mitgliedern der Bayernpartei (BP) offenbar gefallen: Einstimmig haben die Delegierten aus den Kreisverbänden Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz-Wolfratshausen im Werdenfelser Hof den Garmisch-Partenkirchner Speditionskaufmann Hans Leistl (66) zum Landtagskandidaten gekürt. Für den Bezirkstag stellt sich Zugspitz-Wirt Hansjörg Barth (64) der Wahl im September 2013. Damit ist die Riege komplett. Denn wie berichtet, sind die beiden Direkt-Kandidaten für den nördlichen Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau bereits nominiert: Werner Schauer aus Bad Kohlgrub für den Landtag, die Huglfingerin Regina Schropp für den Bezirkstag.

Mit ihnen will BP-Generalsekretär Hubert Dorn die Fünf-Prozent-Hürde überwinden, um überhaupt ins Parlament zu kommen. Dies gab Dorn als vorrangiges Ziel aus. Bei der vergangenen Wahl 2008 war das nicht gelungen, „doch derzeit liegen wir bei zwei bis drei Prozent mit wachsender Tendenz und hoffen stark auf Absplitterungen bei den Freien Wählern, zumal wir in den vergangenen fünf Jahren flächendeckend gut gearbeitet haben“. Wir, das sind Dorn zufolge derzeit fast 250 Mitglieder in den beiden Kreisverbänden.

Einer davon dürfte die Wahl 2008 besonders gut in Erinnerung haben: Barth, der seit vier Jahren dem Kreistag angehört, hat nach eigenen Angaben als Landtagskandidat damals allein in Garmisch-Partenkirchen 11,6 Prozent der Erststimmen bekommen, während Florian Streibl (Freie Wähler) örtlich auf 10,6 Prozent kam. Doch das Gesamtergebnis zählt am Ende. Und da entfielen auf Streibl 13 613 Stimmen, während Barth lediglich 4303 erhielt.

---

<sup>53</sup> GPT 21.09.2012



Der 64-Jährige hat einen Namen im Landkreis. Denn er stammt aus der Zugspitz-Wirtsfamilie Barth und bewirtschaftet das Münchner Haus seit 30 Jahren. Der gelernte Schlossermeister ist verheiratet und hat zwei Kinder. In seiner Freizeit treibt er gerne Sport, befasst sich mit der Fotografie und Malerei - und eben der Orts- und Landespolitik. Der Bayernpartei gehört er bereits seit 2007 an - in diesem Jahr wurde sie auch im Landkreis wiederbelebt.

Dagegen präsentiert sich Leistl als ein frisches Partei-Mitglied. Erst seit 2011 ist er dabei. Der gebürtige Münchner und vierfache Familienvater lebt seit 24 Jahren mit seiner Frau im Ortsteil Partenkirchen. Als Speditionskaufmann leitet er eine Autotransport-Firma, die auch das ADAC-Fahrzeug-Rückholgeschäft in ganz Europa betreibt. Zum Jahresende übergibt er die Geschäftsleitung einem seiner beiden Söhne. Dann hat er vielleicht auch mehr Zeit, sich seinen Hobbys zu widmen. Neben den Oldtimern gehört sein Interesse dem Fußballclub TSV 1860, „bei dem mein Großvater Gründungsmitglied war“.

Doch ging es bei der Aufstellungs-Versammlung nicht nur um die Kandidaten und die Aufstellung, auch aktuelle Themen wurden diskutiert. So blickte der Kreisvorsitzende und Gemeinderat Andreas Grasegger kurz auf den Garmisch-Partenkirchner Bürgerentscheid zum Kongresshaus zurück, „bei dem unsere Partei zusammen mit CSU, SPD und FDP einen großen Erfolg verbuchen konnte“. Einen solchen will die Partei auch bei den Wahlen 2013 feiern. Das Team dafür steht.

04/2012 **„Die Alternative für Wähler der Freien“**<sup>54</sup> - Drei Ortsverbände der Bayernpartei gibt es bereits im Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Jetzt hat sie sich auch auf Kreisebene organisiert: Vorsitzender ist Andreas Grasegger. - „Wir brauchen kein Bayern, das so Multikulti ist wie die Stadt München“, unterstrich Hubert Dorn. „Wir brauchen ein weißblaues Bayern, in dem nicht die Moscheen immer höher werden und womöglich gar irgendwann die Fronleichnamsprozession durch den Christopher-Street-Tag ersetzt wird.“ Wortgewaltig untermauerte der Bezirksvorsitzende im Gasthof Schatten die Interessen der Bayernpartei.

Um die ging es allerdings nicht in erster Linie. Im Mittelpunkt der Versammlung stand die Wahl eines Kreisvorstands. Immerhin zähle die Organisation, die im Landkreis vor der Kommunalwahl 2008 aus dem Dornröschenschlaf erweckt worden war, laut Dorn hierzulande bislang 162 Angehörige. Ein Teil seien Einzelmitglieder, die meisten aber organisiert in den drei Ortsverbänden Garmisch-Partenkirchen, Eschenlohe und Oberau; in Planung seien überdies Vereine in Farchant, Wallgau und Mittenwald. Seit der Wahl 2008 hat die Bayernpartei immerhin auch vier Mandatsträger, nämlich Kreisrat Hansjörg Barth und Gemeinderat

---

<sup>54</sup> GPT 10.04.2012

Andreas Grasegger aus Garmisch-Partenkirchen sowie in Eschenlohe die beiden Bürgervertreter Heinz Wörner und Beppo Geiger. Einstimmig lief dann die Wahl des neuen Kreisvorstands ab: Vorsitzender wurde erwartungsgemäß Grasegger. Seine Stellvertreter sind Geiger, Martin Daisenberger aus Oberau und Hans Leistl aus Garmisch-Partenkirchen.

Bezirks-Chef Dorn hatte in seiner Auftakt-Rede zunächst die politischen Verhältnisse in Bayern glossiert und dabei auch die Möglichkeit einer „rot-grün-farblosen“ mit einem Ministerpräsidenten Christian Ude erörtert: „Seit 18 Jahren haben wir eine rot-grüne Regierung schon in München und es ist seither zu einer Multikulti-Stadt geworden, in der nur noch zwei Prozent der Schulkinder bairisch reden.“ Es sei zu befürchten, dass sich Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger auch noch Ude an den Hals werfe, womit die Freien dann ein letztes Mal frei gewählt hätten. Deshalb seien deren Anhänger viel besser bei der Bayernpartei aufgehoben. In Garmisch-Partenkirchen sei im Übrigen „die CSU am Abwirtschaften ohne Ende, deshalb bieten sich uns auch hier viele Möglichkeiten“, meinte Dorn.

Grasegger wies in seinem Bericht aus dem Gemeinderat mit Genugtuung auf die vorläufige Ablehnung des V-Markt-Bauantrags hin. Bedauerlich fand er hingegen, dass einem Einheimischen die Bebauung eines Grundstücks an der Alpspitzstraße verweigert worden sei: „Aber die Großkopferten, die Mordsblöcke hinstellen, können sich alles erlauben.“ Erstrebenswert nannte er, die Wankbahn im Winter nicht nur das eine oder andere Mal laufen zu lassen, „viel rentabler wäre es doch, sie wieder normal in Betrieb zu nehmen“; Hansjörg Barth bedauerte seinerseits, dass er im Kreistag völlig auf sich gestellt sei und hoffte, dass 2014 zwei weitere Bayernpartei-Mitglieder in dieses Gremium gewählt werden, „damit wir eine Fraktion bilden können“.

Der neue Kreisvorstand:

Erster Vorsitzender: Andreas Grasegger (Garmisch-Partenkirchen); Stellvertreter: Beppo Geiger (Eschenlohe), Martin Daisenberger (Oberau), Hans Leistl (GAP); Kassierer:in: Gaby Leiner (GAP); Schriftführer: Dr. Klaus Jacobitz (GAP); Beisitzer: Klement Baudrexl, Flori Krempl, Franz Pfeiffer, Toni Zwinger und Theresa Zwinger (alle GAP), Werner Schauer (Bad Kohlgrub) sowie Heinz Wörner (Eschenlohe); Kassenprüfer: Martin Berwein und Hans Wolf (Eschenlohe).

08/2012 **Weiß-blaue Zukunft für den Freistaat**<sup>55</sup> - Bayernpartei: Generalsekretär Hubert Dorn rechnet mit CSU ab - Dr. Klaus Jacobitz ist Wahlkreiskandidat - Einen Wahlkampf, wie es ihn schon lange nicht gegeben hat“, hat Hubert Dorn im „Bayerischen Hiasl“ in Forst (Landkreis

---

<sup>55</sup> GPT 12.08.2012

Weilheim-Schongau) angekündigt. Der Generalsekretär der Bayernpartei sprach vor 30 Besuchern der Kreis- und Nominierungsversammlung.

„Es ist eine Gespensterstunde, was da oben abläuft“, so seine Bewertung der Politik in Berlin. Die CSU hält er für ungeeignet, die bayerischen Interessen zu vertreten. Deren Politiker würden in Bayern mit großen Sprüchen auftreten, „und je näher sie Berlin kommen, desto kleiner werden sie“. Dorns Forderungen: „Die Kulturhoheit der Länder erhalten, nicht alles auf dem Einheitsaltar der Bundesrepublik opfern.“ Es dürfe zum Beispiel nicht sein, dass man mehrsprachige Kindergärten einrichte, während man versuche, „den Dialekt aus den Kindern rauszuprügeln“. Dialekt sei ein Kulturgut, das erhalten werden müsse. Nach seiner schwarzen Vergangenheit solle Bayern eine weiß-blaue Zukunft haben. Dorn versprach: „Das ziehen wir durch.“ Und zwar unter anderem mit Regina Schropp. Sie wurde zur Stimmkreiskandidatin für die Landtagswahl gewählt und tritt damit auch für den nördlichen Landkreis Garmisch-Partenkirchen an.

Die 38-Jährige, die im Rahmen der Versammlung auch zur Kreisvorsitzenden von Weilheim-Schongau ernannt wurde, lebt mit ihrer Familie in Huglfing und ist als Beraterin tätig. Schropp will in den kommenden zwei Jahren ihrer Amtszeit den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Öffentlichkeitsarbeit legen. Die Bayernpartei hat nach ihrer Einschätzung ein gutes Programm und ein großes Wählerpotenzial, ist aber zu wenig bekannt. Die Information soll über moderne Medien wie Facebook erfolgen: „So erreicht man die Jugendlichen.“ Die neue Vorsitzende will zudem Stammtische besuchen, auf denen über Politik diskutiert wird. Außerdem will sie sich für das Ziel der Bayernpartei, die Eigenstaatlichkeit Bayerns, einsetzen.

Für die Bezirkstagswahl wurde im Rahmen der Versammlung Werner Schauer als Kandidat aufgestellt. Der selbstständige Handwerker aus Bad Kohlgrub ist verheiratet, hat drei Töchter und ist Vorstand des Handwerksvereins Bad Kohlgrub-Saulgrub. Politisch will sich der 49-Jährige besonders für den Mittelstand engagieren.

Wahlkreiskandidat für den Bundestag ist nach einstimmiger Entscheidung der 22 Mitglieder aus den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau und Landsberg der Arzt für Allgemeinmedizin, Dr. Klaus Jacobitz aus Garmisch-Partenkirchen. Der 75-Jährige ist verheiratet, hat eine Tochter und zwei Enkelkinder. Er hat sechs Jahre politische Erfahrung im Gemeinderat und zehn Jahre im Kreistag gesammelt. Mitglied der Bayernpartei ist er seit Gründung des Ortsverbands Garmisch-Partenkirchen.

06/2012 **Politische Heimat in der Bayernpartei**<sup>56</sup> - Politik war für Joachim Sproll stets ein „dreckiges Milieu“. Seit seinem erfolgreichen Kampf um die Hindenburgstraße sieht der Esslinger das anders. Er erwägt offenbar sogar, für den Gemeinderat zu kandidieren - Joachim - wer? Joachim Sproll! Noch vor zwei Jahren hat diesen Namen, geschweige denn die Person dahinter, in Garmisch-Partenkirchen kaum jemand gekannt. Außer Nachbarn und Freunde. Sonst tauchte der Garmisch-Partenkirchner (49) in dem Ort, in dem er seit über fünf Jahren lebt, kaum öffentlich auf. Seit der Debatte um die Umbenennung der Hindenburgstraße und seinem erfolgreichen Kampf um deren Erhalt aber ist sein Name und der seiner Frau, Corinna Strebert, jedem in der Marktgemeinde ein Begriff. Das ist auch ihm selbst aufgefallen. „Auf einmal kennen mich Leute, die mich zuvor gar nicht registriert haben. Aber“, wiegelt er ab, „eine Berühmtheit bin ich nun nicht.“

Das nicht. Sein Name aber dürfte sich durchaus im Landkreis und darüber hinaus herumgesprochen haben. Denn auch überregional wurden die Diskussionen medial verfolgt.

Nein, mangelndes Engagement kann man ihm wahrlich nicht vorwerfen. Er hat bewiesen: Wenn er für eine Sache brennt, kämpft er für sie. Mit harten Bandagen und umstrittenen Mitteln, wenn es sein muss. Davon und von seiner neuen Bekanntheit könnte bei der Kommunalwahl 2014 die Bayernpartei profitieren.

Der Erfolg des Bürgerentscheids ist auch ihr Erfolg. Während der monatelangen Debatten und dem Stimmenfang für Bürgerbegehren und -entscheid trat deren Ortsvorsitzender und Gemeinderat Andreas Grasegger als prominentester Vertreter der Initiative „Erhalt der Hindenburgstraße“ auf. In dieser intensiven Zeit ist man zusammengewachsen, die Bayernpartei und Sproll. „Das ist richtig“, bestätigt Hans Renner, Vorstandsmitglied im Ortsverband. Man habe eben eine „gemeinsame Basis“ gefunden. Mehr noch: Mittlerweile ist Sproll Mitglied. „Vor etwa zwei Wochen“ habe er sich das Bayernpartei-Bücherl abgeholt, sagt Grasegger. Und „er ist überall dabei“, bekräftigt Vorstandsmitglied Dr. Klaus Jacobitz.

Dabei waren die Hindenburg-Debatte und der Bürgerentscheid nach eigener Aussage Sprolls „erste Erfahrung mit der Kommunalpolitik“. Bewusst habe er sich stets „aus allem herausgehalten“. Auch in seinem Geburtsort Esslingen oder in den USA, wo er elf Jahre lang lebte. „Die Politik ist einfach so ein dreckiges Milieu, dass ich gar nichts damit zu tun haben wollte.“

Stellt sich die Frage, warum er sich nun doch engagiert und ein Teil dieses vermeintlichen Sumpfes werden möchte. Das hängt mit der Bayernpartei zu zusammen. Sproll hat nie mit seiner Kritik an allen anderen Parteien hinter dem Berg gehalten, die sich für die Umbenennung der Straße ausgesprochen hatten. In Sprolls Augen waren nun die bayerischen Sepa-

---

<sup>56</sup> GPT 19.06.2013

ratisten die einzigen, die Bürgernähe bewiesen hätten. Ihre Mitglieder hätten Unterstützung verdient.

Wie weit diese geht, wird sich noch herausstellen. Sproll soll seine Bereitschaft geäußert haben, mit der Partei als Kandidat in die Kommunalwahlen 2014 zu ziehen. „Am Rande“ habe er das auch gehört, bestätigt Renner. Grasegger ist das neu. Zumindest verneint er, dass es bereits Gespräche über ein weiteres, intensiveres Engagements Sprolls gegeben habe. Der Betroffene sagt das Gleiche. Es sei zu früh, dazu irgendetwas zu sagen. Auch ob er beispielsweise als potenzieller Gemeinderat zur Verfügung stehen und für welche Ziele er eintreten würde, beantwortet Sproll nicht. Darüber habe er sich noch keine Gedanken gemacht. „Wenn die Zeit reif ist, werde ich mich äußern.“

Das könnte sehr bald der Fall sein. Grasegger zufolge will die Bayernpartei Garmisch-Partenkirchen Anfang Juli ihre Wahl-Mannschaft präsentieren.

Wie berichtet, verfolgt die Gruppierung ehrgeizige Ziele für 2014. In Garmisch-Partenkirchen will sie zwei Gemeinderäte stellen, im Kreistag ebenso viele - das wären doppelt so viele wie bisher. Vielleicht heißt einer davon ja Joachim. Richtig: Joachim Sproll!

09/2012 **Der unerwartete Bezirksrat<sup>57</sup> - Hansjörg Barth (Bayernpartei)** ist überrascht von seinem Wahlerfolg - Martin Wohlketzetter (SPD) ist Nachrücker - Sehr zufrieden und ein bisserl überrascht - diese Beschreibung trifft auf Hansjörg Barth und seinen Erfolg bei der Bezirkstagswahl zu. Noch weiß der Garmisch-Partenkirchner nicht, was in den kommenden fünf Jahren genau auf ihn zukommt. Von einem Treffen mit Parteifreunden am Mittwoch verspricht sich der 65-Jährige aber Klarheit. Wie wichtig der Bezirk für den Landkreis ist, das unterstreicht Barth aber schon jetzt: Mit dem Freilichtmuseum Glentleiten, der Schule für Holz und Gestaltung sowie der Psychiatrie in Garmisch-Partenkirchen befinden sich drei bedeutende Einrichtungen unter seiner Trägerschaft. „Dafür, für Heimatpflege und die Landwirtschaft will ich mich einsetzen“, betont der Wirt des Münchner Hauses auf der Zugspitze. Bei diesen Bemühungen ist er nicht allein: Krüns Bürgermeister Thomas Schwarzenberger (CSU) hat ebenfalls den Sprung in den Bezirkstag geschafft (wir berichteten):

„Dass Hansjörg Barth, den ich seit vielen Jahren kenne und schätze, auch reingekommen ist, freut mich sehr.“ In dem oberbayerischen Gremium solle schließlich sachbezogen gearbeitet werden - ohne Blick auf die Parteizugehörigkeit. „Deshalb ist es schön“, unterstreicht der 43-Jährige, „dass sich ein weiterer Vertreter aus dem Landkreis engagiert, damit Themen zu unseren Gunsten umgesetzt werden.“

---

<sup>57</sup> GPT 20.09.2013

Diesen Ansatz teilt Martin Wohlketzter: „Je mehr, desto besser.“ Der Farchanter Bürgermeister (SPD) ist bei der Wahl am Sonntag unterlegen - „das war aber auch zu erwarten“. Auf der Liste der Nachrücker steht der 54-Jährige an dritter Stelle, erwartet aber nicht, dass er tatsächlich einen Posten antreten wird. Beim Wahlkampf, den er während der vergangenen Wochen sehr intensiv betrieben hatte, habe er jedoch viel gelernt, „und das bringt mir sicher viel für die bevorstehende Kommunalwahl“.

Soziale Themen, wie der Ausbau stationärer Einrichtungen und die Hilfe zur Pflege, liegen dem Farchanter besonders am Herzen. Die weiß er aber auch bei Schwarzenberger und Barth in guten Händen. Dass es Wohlketzter nicht geschafft hat, bedauern diese beiden: „Er ist ein wirklich guter Mann“, betont Barth. Austausch werden sie sich aber weiterhin, schließlich sind alle drei im Kreistag vertreten

11/2013 **Bayernpartei tritt ohne Sproll an**<sup>58</sup> - Der Kämpfer für die Hindenburgstraße bleibt bei seinem Nein - Ziel: drei Gemeinderatssitze - Garmisch-Partenkirchen - Eigentlich wollte die Bayernpartei in Garmisch-Partenkirchen schon jetzt ihre Liste für den Gemeinderat aufstellen. Doch etwas ist dazwischengekommen. Etwas Positives. Wie Vorsitzender Andreas Grasegger seinen Kollegen beim Parteistammtisch erklärte, gebe es zwei Frauen, die sich nicht nur für den Eintritt in die Partei, sondern auch für eine Kandidatur bei der Kommunalwahl 2014 interessieren. „Deshalb müssen wir noch warten“, erklärte der Chef mit Blick auf notwendige Formalitäten.

Die Mitglieder nutzen den Abend aber, um schon mal die Lage zu sichten. Und es zeigte sich, dass die Liste wohl recht schnell zu füllen sein wird. Neben Grasegger wollen beispielsweise Klement Baudrexl, Dr. Klaus Jacobitz und Franz Pfeiffer kandidieren.

Joachim Sproll erteilte der Bayernpartei eine Absage. Der Mit-Initiator des erfolgreichen Bürgerbegehrens gegen die Umbenennung der Hindenburgstraße galt in den Sommermonaten als Favorit für die Gemeinderatsliste. Aber schon Anfang September hatte er erklärt, dass Politik nicht seine Welt sei.

Eine weitere Abfuhr bekamen die Mitglieder von Grasegger selbst, der sich bei der Kommunalwahl 2008 als Bürgermeisterkandidat zur Verfügung gestellt hatte. Diesmal bewirbt er sich nicht mehr um das Amt - vorrangig aus gesundheitlichen Gründen. In den Augen des Chefs ist seine Kandidatur aber auch nicht unbedingt notwendig. „Wir werden trotzdem viele Stimmen sammeln.“ Diese Zuversicht schöpft Grasegger aus einem einfachen Grund: Nach dem

---

<sup>58</sup> GPT 26.11.2013

Erhalt der Hindenburgstraße, für den sich auch die Bayernpartei maßgebend eingesetzt hatte, ist der Ortsverband um 18 Mitglieder gewachsen. Heute gehören der Partei 58 Bürger im Kreisort an. Das Ziel der Bayernpartei: Bei der Kommunalwahl im Idealfall drei Sitze im Gemeinderat, in dem Grasegger derzeit noch Alleinkämpfer ist, zu gewinnen.

#### 2014 **BP-Gemeinderatsmitglieder in Garmisch-Partenkirchen**

Derzeit: Andreas Baudrexl, Zimmerermeister und Hubert Filser, Maler und Lackierermeister

Was wir sind: Bodenständige, heimatverbundene Bürger von Garmisch-Partenkirchen //

Landwirte, Handwerker und Mittelständler // Bairisch // Liberal, tolerant mit Zukunftsblick

Was wir wollen: Förderung der Landwirtschaft zur Erhaltung unserer Landschaft // Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs im Ortsbereich // Modernisierung und Ausbau des Kongresszentrums // Verbesserung der Verkehrsanbindung der Bergbahnen // Förderung von Handwerk und Mittelstand // Flexible Öffnungszeiten bei Wank- und Hausbergbahn // Ausweisung von günstigen Gewerbeflächen, z.B. im Bahnhofsbereich // Nein zur weiteren Verstärkung des Ortsbildes // Erhalt unserer Sozialwohnungen // Ausbau unserer Bildungseinrichtungen // Keine Privatisierung der kommunalen Versorgungsbetriebe // Erhalt und Förderung unseres gewachsenen Brauchtums und damit verbunden unserer Vereine

12/2016 **Kritik am Sozialmissbrauch**<sup>59</sup> - Barth berichtet vom Bezirk, Grasegger aus der Gemeinde - Garmisch-Partenkirchen - Traditionen bewahren, die Kulturlandschaft erhalten und eine weitere Verstärkung verhindern: Alles Punkte, die im Parteiprogramm des Ortsverbandes Garmisch-Partenkirchen der Bayernpartei nachzulesen sind und auch bei der jüngsten Zusammenkunft aufs Tablett kamen - zumindest im Ansatz. Im Gasthof zur Linde scharte Vorsitzender Andreas Grasegger zahlreiche diskussionsfreudige Mitglieder um sich.

Darunter war mit Regina Schropp auch die in Peißenberg lebende stellvertretende Generalsekretärin der Partei. Sie referierte über die Kandidatenaufstellung des Wahlkreises Weilheim-Schongau. „Wir wollen unser letztes Wahlergebnis verbessern“, äußerte sich die gebürtige Bad Kohlgruberin. „Denn wir treten ja bekanntlich bei der Bundestagswahl 2017 an.

Dann wandte sich Grasegger aber wieder der Ortspolitik zu. Als Gemeinde- und Kreisrat für die konservativ-föderalistisch geprägte Kleinpartei liegen ihm sein Heimatort und die Region am Herzen. Mit Stolz berichtete er daher von der nunmehr real gewordenen Sanierung des Kainzenbades. „Es war auch mit unsere Initiative, dass das Projekt nunmehr ins Laufen kommt.“ Wenig Begeisterung herrschte in der Runde für die Pläne des Turnvereins Partenkirchen, gleich in der Nähe des Klinikums eine Dreifach-Turnhalle zu errichten. Genauer ge-

---

<sup>59</sup> GPT 14.12.2016

sagt geht es um den möglichen Standort, der für Missfallen sorgt. „Der Eisplatz des Eisstockclubs samt Vereinsheim, das sich auf Gemeindegrund befindet, müsste dafür weichen“, kritisierte Grasegger. „Das kann für den Club auch gleich mal das Aus bedeuten.“

Dann kam doch noch der Abstecher zur aktuellen Asylpolitik. Bezirksrat Hansjörg Barth prangerte massiv den Sozialmissbrauch an, der dem Steuerzahler Milliarden kostet. Als jüngstes Beispiel nannte er jene Randalen, hervorgerufen durch Taschengeldkürzungen bei der Auszahlung am Landratsamt. „Da muss sich die Politik was einfallen lassen.“ Zu diesem Thema folgte von Grasegger schließlich die klare Ansage: „Nichts gegen Kriegsflüchtlinge, aber Querulanten sollen kein Bleiberecht haben.“

09/2017 **Bundestagswahl 2017<sup>60</sup> - Ein Traum ist erfüllt** - Siegfried Seelos tritt für die BP an - Landkreis - Er hat es getan. Siegfried Seelos hat sich seinen Traum erfüllt: einen eigenen Bauernhof. Mit allem, was dazu gehört. Privat ist für den Direkt-Kandidaten der BP alles bestens bestellt, der Ausgang der Bundestagswahlen am 24. September beeinflusst nun noch die politische und berufliche Zufriedenheit des 45-Jährigen.

Eigentlich hatte Seelos gar keine Wahl, als er den Bauernhof 2015 von seinem Onkel übernahm. Dass er verkauft werden sollte, stand nicht zur Debatte. Seit fünf Generationen befindet sich der Hof in Familienhand. Auch seine beiden Kinder arbeiten eifrig mit. Ursprünglich hat der Schwabbrucker Werkzeugmechaniker gelernt, nach der Ausbildung auch seinen Meister gemacht. Doch interessiert hat sich Seelos schon immer für die Landwirtschaft. In den folgenden Jahren absolvierte er zahlreiche Seminare, um sich die notwendigen Fähigkeiten anzueignen. „Dank der Kurse bekomme ich heute eine staatliche Förderung für meinen Hof.“ Und den betreibt Seelos „ganz nebenher“, hauptberuflich ist er Angestellter beim Landtechnikhersteller Fendt in Marktoberdorf. „Das ist genau richtig für mich.“

So zufrieden er mit seinem privaten Leben ist, so enttäuscht war er seit einigen Jahren von der Politik - sowohl in Bayern also auch auf Bundesebene. „Wir Bürger wählen nur den Lokführer, der Zug fährt aber immer in die gleiche Richtung.“ Dass sich nie etwas ändert, ließ den Familienvater nicht los. „Wenn es darauf ankommt, sagt keiner seine Meinung.“ Zu viele Reden und zu wenige Taten. 2012 begann er intensiv, Wahlprogramme zu lesen, sich zu informieren, selbst aktiv zu werden. „Politisiert hab’ ich als junger Bub schon gern.“ Der Eintritt in die Bayernpartei folgte. Und jetzt steht er für ein selbstständiges Bayern ein. Dass die Bürger des Freistaats Sozialabgaben zahlen, die dann aber auch auf Bundesebene und nicht nur im eigenen Land zum Einsatz kommen, missfällt ihm. Den Solidaritätszuschlag will

---

<sup>60</sup> GPT 19.09.2017



die Partei streichen. „Ich setze mich dafür ein, dass Beiträge nach unten gehen und Leistungen nach oben.“

GPT 29.12.2017

12/2017 **Landtagswahl 2018**<sup>61</sup> - Barth setzt sich durch - Wirt des Münchner Hauses Kandidat der BP für den Bezirkstag - Bad Tölz/Landkreis - Direktkandidat der Bayernpartei für die Landtagswahl 2018 im Wahlkreis 111, der den Landkreis Bad Tölz/Wolfratshausen und den südlichen Landkreis Garmisch-Partenkirchen umfasst, ist Maximilian Stocker. Der 25 Jahre alte Braumeister aus Icking wurde von den Delegierten im Bad Tölzer Gasthof Binderbräu einstimmig nominiert.

Für den Platz des Direktkandidaten im Bezirkstag bewarb sich neben dem bisherigen Abgeordneten Hansjörg Barth, Wirt des Münchner Hauses auf der Zugspitze, auch der Kreisvorsitzende der Bayernpartei aus Bad Tölz, Franz Nguyen. Es setzte sich Barth, der bisherige Mandatsträger, durch. Als Kandidaten für einen Listenplatz wurde für den Landtag Anton Schnitzer aus Garmisch-Partenkirchen, für den Bezirkstag Martin Haberfeiner aus Kochel bestimmt.

11/2019 **„Bayernpartei nominiert Simon Brown“**<sup>62</sup> – Kandidat fürs Bürgermeisteramt in Garmisch-Partenkirchen – 23 Jahre, Parteimitglied erst seit Mitte 2019, Notarfachangestellter in – Programm: Klimawandel, E-Mobilität, Landwirtschaft, Gewerbegebiet für Handwerker

11/2019 **„Hoffnungsträger macht Rückzieher“**<sup>63</sup> – Bürgermeisterkandidat Simon Brown verlässt den Ort, ... weil er aus gesundheitlichen Gründen Ende des Jahres aus der Markt-gemeinde wegziehen muss... – Mathias Wackerle rückt nach

---

<sup>61</sup> GPT 29.12.2017

<sup>62</sup> GPT 20.11.2019

<sup>63</sup> GPT 30.11.2019